

Dresdner Volkszeitung

Hoflieferant: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Schanntunungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alttadt

Abonnementpreis einschließlich Frangierlohn monatlich 5000.— M., durch die Post bezogen monatlich 5000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1750.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonnabendnummer 300.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die halbpaltene Nonpareilzeile 400.— M., auswärts 500.— M., die halbpaltene Reklamazeile 1000.— M., auswärts 1200.— M., Ausland 2400 u. 7000 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienanzahl, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 150 M.

Nr. 90

Dresden, Mittwoch den 18. April 1923

34. Jahrg.

Der Selbstschutz

Die bürgerliche Presse läßt sich aus verschiedenen Orten Sachsens über linksradikale Ausschreitungen und Eingriffe der Arbeiter in die Versammlungsfreiheit anderer Parteien berichten. Das alles wird ausgenutzt, um das Reich gegen die proletarischen Selbstschutzorganisationen mobil zu machen. Die sächsische Regierung wird nachzuprüfen haben, was an den Berichten richtig und was falsch ist. Bis dahin wollen auch wir mit jedem Urteil zurückhalten und uns darauf beschränken, heute einiges Grundfällige zur Bildung des proletarischen Selbstschutzes zu sagen.

Selbst wenn an den Berichten über linksradikale Ausschreitungen mehr richtig ist, als uns erwünscht sein kann, sprechen wir der rechtsstehenden Presse jedes Recht zur Aufregung ab. Man vergleiche, was diese Blätter zu den uns schon über Jahrzehnte währenden Faschismuserregnissen in Bayern zu sagen haben. Nichts, oder so gut wie nichts! Wie oft sind sie den Bemühungen der Sozialdemokratie, in Bayern verfassungsmäßige Zustände herzustellen, die Ausschreitungen der bayerischen Rätepartei im Keime zu ersticken, entgegengetreten! Wenn die reaktionäre Presse so ehrlich sein wollte, wie sie unehrlich ist, müßte sie zugestehen, daß sie dem Erstarken der militärisch-nationalistischen Organeverbände mit Wohlwollen und Vergnügen zugehört hat. Außer den — allerdings sehr dünn gesäten! — republikanisch-demokratischen Gruppen, die schon frühzeitig den Kampf gegen den Rechtsbolschewismus aufgenommen haben und der Sozialdemokratie (deren bayerische Landesorganisation bekanntlich im Münchner Landtag den Antrag auf Verbot aller Selbstschutzorganisationen stellt) hat keine Parteigruppe die Qualifikation, sich zum Sittenprediger gegen etwaige linksradikale Ausschreitungen aufzuwerfen.

Die sächsische Sozialdemokratie wird mit der K. P. D. in den nächsten Tagen Richtlinien aufstellen, die Art, Umfang, Aufgaben und Befugnisse der aufzustellenden proletarischen Selbstschutzorganisationen abgrenzen sollen. Die Sozialdemokratie wird dabei nicht abgehen können von dem, was sie unter Selbstschutz versteht. Schon der Name ist Programm genug. Der proletarische Selbstschutz wird die Aufgabe haben, die Arbeiterkraft, ihr Eigentum, ihre Vertrauensleute gegen etwaige gewalttätige Angriffe von rechts zu schützen und alle gegen die Republik und die Verfassung gerichteten Ausschreitungen abzuwehren zu helfen. Wer die Verfassung schützen will, darf sie nicht selbst mit Füßen treten. Verhinderung agitatorischer Ausschreitungen der Rechtsbolschewisten, Verhütung rechtsradikaler Veranlassungen, die zu Gewalttätigkeiten gegen die Republik und ihre Vertreter anzuregen oder die öffentliche Sicherheit bedrohen, kann nicht Aufgabe irgendwelcher Selbstschutzes, sondern muß Pflicht der Regierung sein. Niemand Selbstschutz anders aufzufassen wie nicht die Verfassung zu schützen, sondern sie zu ignorieren und die sächsische Regierung zu zwingen, ihre Gewalt zum Gaudium unierer Gegner gegen den proletarischen Selbstschutz einzusetzen.

Das wird niemand wollen, der unsere Abwehrorganisationen nicht zu einer Komödie herabwürdigen will. Wir hoffen, daß wir uns darin mit den leitenden Genossen der sächsischen K. P. D. einig sind, denn nur in diesem Sinne kann ein Punkt der gemeinsamen Vereinbarungen verstanden werden. Der da besagt: „Die K. P. D. und die S. P. D. bilden in Sachsen proletarische Abwehrorganisationen. Diese haben die Aufgabe, die demokratischen Versammlungen und das Eigentum der Arbeiterorganisationen zu schützen.“ Die Sozialdemokratie hat sich immer mit Schärfe gegen die Bürgerkriegsspielerlei faschistischer Banden gewandt und darf wohl als selbstverständlich annehmen, daß alle Arbeiter, die wissen, um was es sich bei der Selbstschutzorganisation handelt, allem abhold sind, was nach solcher Bürgerkriegsspielerlei auch nur riecht. Unsere Hundertschaften sollen dazu beitragen, den Gegnern unserer Abwehrbereitschaft, unsern ehernen Willen zum Schutze der Republik darzutun; sie sollen also ein Mittel sein, gewalttätige Entladungen der politischen Leidenschaften und Gegenstände zu verhindern zu helfen. Denn alle solche Entladungen müßten die Not und das Elend des deutschen Volkes ins Unheimliche steigern.

Es gäbe für die deutsche Reaktion kein bequemeres Pressen und für ihre dunklen Ziele keine bessere Unterstützung, als wenn proletarische Abwehrorganisationen auch nur gelegentlich ihren Aufgaben untreu würden. Wir wollen hier nur ein Beispiel herausgreifen, das drüben nahe liegt. Die deutsch-nationalen Dresdner Nachrichten bringen einen Artikel gegen den proletarischen Selbstschutz, der den Wählern die Herrschaft und Tyrannei der roten Volksmassen seligen Angehensens greiflich an die Wand malt. Es heißt darin:

„Die Vereinigte Sozialdemokratie spiegelt also eine falsche Tatsache vor, wenn sie behauptet, sie wolle die jetzige Republik um ihrer selbst willen schützen und erhalten. Das will sie nicht. Sie betrachtet die bürgerliche demokratische Republik lediglich als einen geeigneten Boden, auf dem sich der Übergang zur sozialistischen Republik am leichtesten vollziehen läßt, und nur deshalb will sie vor dieser Republik ihren schützenden Schild halten, so lange, bis ihr der Augenblick gekommen erscheint, um die sozialistische Republik ins Leben zu rufen. Das Bürgerum aber soll helfen, diesem sozia-

listischen Endziel als Handlanger zu dienen, indem es feinerfalsch an der Erhaltung der „vorläufigen“ Republik mitarbeitet. So macht sich in sozialdemokratischen Kreisen die augenblickliche Welt, das muß einmal scharf und klar herausgemittelt und ins Gedächtnis des Bürgerums zurückgerufen werden, damit dieses sich keine einschüchternden Vorstellungen über die Rolle macht, die der angeblich zur Bekämpfung der rechtsradikalen Faschismuserregnisse „proletarische Selbstschutz“ in Wirklichkeit zu spielen berufen ist.“

Gewisse Leute werden oder können das Wesen des Sozialismus und der Sozialdemokratie nie kapieren, trotzdem wir unsere Zukunftsziele immer sehr deutlich und mit agitatorischer Unterstreichung dargelegt haben. Gewisse Leute werden vor allem immer wieder vergessen, daß der Sozialismus eine geistige Strömung ist und sein will. Die Sozialdemokratie hat 1919 für die Weimarer Verfassung gestimmt, trotzdem sie uns als ein Kompromiß der damaligen drei republikanischen Arbeiterparteien unzulänglich erschien. Aber diese Verfassung als Grundlage der deutschen Republik gewährt vor allem jenes Maß von politischen Rechten und Freiheiten, das uns unbedingt notwendig erscheint, um das Volk über die Weiterentwicklung Deutschlands und den Weg zur besten Staatsform der Zukunft selbst entscheiden zu lassen. Daß uns der sozialistische Volksstaat als das Notwendige und das auf dem Wege der wirtschaftlich-kulturellen Entwicklung Liegende erscheint, haben wir immer wieder betont. Ebenso, daß uns eine sozialistische Gesellschaftsform unentbehrlich erscheint, der nicht eine Eroberung der Räder, ein geistiger Sieg des Sozialismus in den wertvollsten, politisch reifen und stärksten Teilen des Volkes voraussetzt. Wir unterscheiden uns von all den bürgerlichen Parteien, die die Ungerechtigkeiten des alten Deutschlands — Dreiklassenwahlrecht, Volkserziehung, Halbabsolutismus uhm! — unterführen, vor allem dadurch, daß wir den Rechtsboden der Gleichheit für die politischen und geistigen Auseinandersetzungen der Nation allen schaffen und erhalten wollen. Die letzte Entscheidung über die Gesellschaftsordnung der Zukunft liegt also beim Volke, liegt bei den Ideen, die gegenwärtig miteinander ringen. Wir trauen der sozialistischen Idee so viel

Vertrauen und Gewicht zu, daß wir uns die Abgabe an politische Gewalttätigkeiten gefallen können, selbst wenn wir nicht grundsätzliche Gegner aller Gewalttätigkeiten wären. Ob diese Kämpfe um eine dem zwanzigsten Jahrhundert angepaßte, sozialistische Gesellschaftsordnung allerdings ohne Gewalttaten abgehen werden, das hängt nicht allein von uns, sondern mehr noch von den Mächten ab, die ihrem Willen nach längst der Vergangenheit angehören und sich mit Gewalt in die Zukunft hineinretten möchten.

Denn gilt unter Mächten, denen gelten unsere Abwehrorganisationen, denen gilt die Gewalt, womit wir jedoch nicht glauben, daß sie endlich kapieren haben, worauf es ankommt.

Die bayerische Rätepartei pfeift auf Reichsgeetze!

Was sagt unsere Rechtspresse dazu??

München, 17. April. (Eig. Drahtbericht.) In München verläutelt bestimmt, daß der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik ein Verbot gegen die Rätepartei und Genossen wegen der Bildung verfassungswidriger Organisationen erlassen hat. Mit derselben Parteinähe behauptet sich das Gericht, daß vor einiger Zeit ein Berliner Regierungsvertreter bei der bayerischen Regierung unerschrocken anfragt hat, wie sie sich zu einem Verbot gegen die Rätepartei stellen würde. Die bayerische Regierung soll dabei zu erkennen gegeben haben, daß sie schweres Bedenken gegen die Ausführung eines solchen Verbotes hat. Am Dienstag morgen erklärt das Organ der Nationalsozialisten, der bayerische Beobachter, daß Dillier auf gar keinen Fall vor der Rätepartei in Leipzig erscheinen werde. Die Schuld Bayerns sei jetzt zu Ende. Das habe sich auch die bayerische Regierung endlich zu merken. Die Vaterländischen Verbände würden nichts unterlassen, um der rechtlichen Verfassung Deutschlands — nicht etwa durch Frankreich, sondern durch die Berliner Regierung — entgegenzutreten.

Wie die Münchner Post meldet, wird der bekannte Schriftsteller Stephan Großmann den Redakteur des bayerischen Beobachters wegen Verhöhnung und Aufforderung zum Totschlag verklagen.

Wenn man den Stimmen aus Bayern Glauben schenken dürfte, so hätten wir zur Zeit keine andern Sorgen als die um das fernere Wohlergehen der bayerischen und der Partikularisten an der Spitz. Von der Verfassung Deutschlands, der man sich entgegenstellen müßte, redet der bayerische Beob-

Die Reichsregierung gegen Sachsen?

Die Behauptung der sächsischen Presse gegen die Reichsregierung, daß diese die sächsische Sozialistische Regierung nicht als legitime Regierung anerkennen will, ist nicht erfolglos gewesen. Bereits in der Hauptversammlung der Demokratischen Partei in Magdeburg erklärte der Reichsminister Dr. Seiger:

Auf der äußersten Rechten wie auf der äußersten Linken seien Bewegungen vorhanden, die für den Staat verhängnisvoll werden können. Aus eigener Kenntnis könne er behaupten, daß das vorliegende Material für das Verbot der preussischen Innenminister gegenüber der Reichsrepublikanischen Partei völlig genügt habe. Zur Unterdrückung der Bewegung auf der äußersten Rechten seien die Maßnahmen der Reichsregierung zur Zeit noch ungenügend. Es seien Ermüdungen im Gange, diese Maßnahmen so zu stärken, daß sie ein ähnliches Vorgehen auch gegen die äußerste Linke ermöglichen. Die Schwierigkeiten in dieser Beziehung lägen in Sachsen und in Thüringen.

Die Reichsregierung kann weder rechts noch links Selbstschutzorganisationen dulden. Nach rechts und links müßte mit gleichem Maße gemessen werden. Alle Maßnahmen müßten in den Händen des Staats liegen. Es müßte eine Hauptaufgabe des Reichs sein, die Versammlungsfreiheit in Deutschland wiederherzustellen. Nur die Eiligkeit könne den Schutz der Versammlungen durchführen. Kein anderer dürfe sich die Ausführung dieses Schutzes anmaßen.

Schon bei dieser Äußerung des demokratischen Reichsministers fällt es auf, daß nur von Schwierigkeiten in Sachsen und Thüringen die Rede ist. Ueber Bayern hält sich die demokratische Seele des Herrn Ministers in sehr unbedeutendem Schweigen. Dieses Schweigen über Bayern ist um so kennzeichnender, als man doch in Magdeburg „unter sich“ vor und daher seinem Herzen frei Luft machen konnte.

Doch es kommt noch besser. Und man muß schon sagen, die Demokraten entwickeln einen rührenden Eifer, um an der Spitze der bürgerlichen Reaktion gegen die sächsische Regierung Sturm zu laufen. Das demokratische Leipziger Tageblatt gibt unter der vierseitigen Überschrift „Reichsregierung und Kabinett Seigner“ die von ihm erkundete Aufkündigung wieder, die in den Kreisen der Reichsregierung über das Verhältnis zwischen Berlin und Dresden herrscht. Im Fettdruck heißt es so:

Die durch die Bildung des Ministeriums Seigner geschaffene Lage erfordert die größte Aufmerksamkeit der Reichsregierung, die etwaige besondere Schritte der sächsischen Regierung auf ihre Vereinbarkeit mit der Reichsverfassung zu prüfen hätte. Sollte sich herausstellen, daß Verletzungen der Verfassung vorliegen, so wird ein berechtigter Konflikt auf dem objektiven Boden des Rechts ausgetragen und die Entscheidung dem Staatsgerichtshof anheimzugeben sein. Das würde namentlich auch dann eintreten, wenn die sächsische Regierung

ihre Absicht der Bildung von Arbeiterkammern auf der angelegentlichsten Grundlage zu verwirklichen suchen würde.

Die Meinungen des sächsischen Ministerpräsidenten, die gegen die Reichsregierung gerichtet waren, sind von dieser mit ziemlichem Verstande aufgenommen worden. Sie wurden als sachlich unberechtigt bezeichnet, und es wird außerdem bemerkt, daß sie die Rücksicht auf die politische Gesamtlage, wie sie der Ruhrkonflikt geschaffen hat, in einem unzulässigen Maße außer Betracht gelassen haben.

Wir begreifen zwar, daß man die Feststellungen des Genossen Dr. Seigner über das Verhalten der Reichsregierung im Kampf gegen die faschistischen Organisationen in Berlin überlegen kann. Vor allem schon deshalb, weil man die Feststellungen nicht widerlegen kann. Und der Eifer und die Hingebung, mit denen sich die Reichsregierung gegen Sachsen wendet, während man sich das Treiben der bayerischen Reaktion, die Verhöhnung der Reichsverfassung und des republikanischen Schutzes durch Bayern ruhig gefallen läßt, zwingen geradezu den Verdacht auf, daß man in Berlin mit zweierlei Maß messen will.

Wir müssen eine derartige parteiische Stellungnahme der Reichsregierung auf das Schärfste zurückerweisen. Wenn man schon etwaige Streitigkeiten vor dem Staatsgerichtshof austragen will, so müssen wir fordern, daß das nicht nur für Sachsen zu gelten hat, und daß man zunächst einmal die Differenzen zwischen dem Reich und Bayern auf diesem Wege zum Austrag bringt. Außerdem würde auch die Reichsregierung klüger tun, das Gesetz über die sächsische Arbeitskammer erst einmal abzuwarten, ehe sie sich an der Behauptung des Kabinetts Seigner beteiligt.

Das Vorgehen der Reichsregierung ist um so mehr zu verurteilen, als sie sich allem Anschein nach dabei nicht auf die wirklichen Tatsachen, sondern auf die Verleumdungen der bürgerlichen Presse stützt.

Als Musterbeispiel für die verleumderische Art, mit der die bürgerlichen Blätter gegen die sächsische Regierung losziehen, kann der Dresdner Mitarbeiter der Deutschen Allgemeinen Zeitung gelten, der über das Programm der sächsischen Regierung „von kommunistischen Gnaden“ folgende Äußerung dem Berliner Stinnesblatt übermittelt:

1. Lüge: „Vollständige Straffreiheit aller Vergehen und Verbrechen, die irgendwie mit der Politik in Zusammenhang gebracht werden können“ (in Wirklichkeit: Straffreiheit für Delikte aus wirtschaftlicher Not). 2. Lüge: „Kontrollauschüsse der Arbeiter, die das gesamte Wirtschaftsleben kontrollieren“ (nur den Handel, um Wucher- und Schieberum zu bekämpfen). 3. Lüge: „Der Betriebsrätekonferenz als Aufsichtsgremium über die Regierung“, und so geht es fort, um dann in der selbst von der anständigen bürgerlichen Presse zurückgewiesenen Behauptung zu enden, daß diese Fundamentalforderungen des sächsischen Regierungsprogramms der Reichsverfassung in jeder Hinsicht widersprechen.

Reparationsangebot notwendig

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

ochter, meint aber damit beileibe nicht die Gefahr, die dem Deutschen Reich an der Ruhr droht, sondern sieht in diese Art leblich für die beiden deutschösterreichischen Schriftsteller Ehart und Meyer, die ihre Verleumdungen des Reichspräsidenten und von Reichsministern vor dem Staatsgerichtshof vertreten sollen. Nachdem die Regierung Anklagen nicht hinter die beiden Verleumderhelden stellte, sondern den Vaterländischen Verbänden vielmehr versicherte, daß sie die Satzbehalte des Staatsgerichtshofes zur Durchführung bringen werde, muß die bayerische Volksseele wieder mal zum Kochen gebracht werden — unbeschadet des Abwehrkampfes an der Ruhr. Deshalb bemüht sich die hiesige Reichspressen, den Staatsgerichtshof als ein reines Berliner Beside mit dem Sitz in Berlin hinzustellen. Wesentlich verweist sie, daß er ein Bestandteil des Obersten deutschen Gerichts, des Reichsgerichts in Leipzig, ist. Nicht genug damit, daß die Reichsregierung dem Drängen und Drohen Bayerns nachzugeben und einen süddeutschen Senat beim Staatsgerichtshof gebildet hat; alle Anzeichen aus Bayern deuten jetzt darauf hin, daß man nunmehr doch eine Propaganda dafür einfallen will, den süddeutschen Senat jeweils nach Bayern zu verlegen, wenn ein Bayer ihn verantworten soll. Diese Forderung ist natürlich eine völlige Unmöglichkeit. Damit würde der süddeutsche Senat ein den Angeklagten nachtreibender Gerichtshof. Was Bayern recht ist, wäre schließlich auch Württemberg, Baden und Hessen billig.

Worum aber geht die ganze Sache, das viele Geschrei? Nicht in erster Linie um die beiden jetzt zur Beurteilung stehenden Verleumder republikanischer Staatsmänner. Man sieht intuitiv in Bayern, daß wenn es noch eine Berechtigung in der deutschen Republik auf politischem Gebiet gibt, über kurz oder lang Hitler selbst und seine Hintermänner, Lubendorf an der Spitze, sich vor den Schranken dieses süddeutschen Senats des Staatsgerichtshofes wegen ihres Vorgehens gegen den Bestand des Reiches und seine Staatsform verantworten müssen.

Lubendorf-Parade und Reichswehr

Nach einer Meldung des Berliner Tageblatts sollte vor einigen Tagen in Ansbach eine Parade des Bundes Reichsflagge vor Lubendorf stattfinden, an der, wie die Blätter melden, auch Reichswehrtruppen teilgenommen haben sollten. Wie das Berliner Tageblatt hierzu erzählt, ist vom Reichswehrministerium eine Untersuchung eingeleitet worden, und das Reichswehrkommando München ist ermahnt worden, die erforderlichen Schritte zur Aufklärung der Angelegenheit zu tun.

Die Goldnerpartei des Großkapitals

Nürnberg, 16. April. (Fig. Draht.) Der Sonntag besetzte Nürnberg Entschlossenungen eines Eingeweihten über das nationalsozialistische Treiben und die Zusammenhänge der Geheimorganisationen auf der äußersten Rechten. Zur allgemeinen Verwunderung lud am Sonntag ein bekannter Führer der hiesigen deutschösterreichischen, Wolfgang Preiß, in Plakaten an den Knechtstedenken zu einer öffentlichen Versammlung ein, worin er Aufklärung über den Nationalsozialismus zu geben versprach. Tatsächlich gab er, in überfülltem Saal, aus eigener Kenntnis den Dingen als führender Mann in der antisemitischen Bewegung Entschlossenungen zum Besten über die engen Beziehungen zwischen der offiziellen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und den verbotenen Geheimorganisationen. Auch berichtet er, daß die nationalsozialistischen Führer in ihren Redenungen Maßnahmen ergriffen haben, um die Konzeption der Partei als „Arbeiterpartei“, wie sie sich benennt und jetzt auspricht, gab er die Zusammenfassung einer Delegation bekannt: 3 Grafen, 1 Oberleutnant, 9 Majore, 4 Kavalleriekapitane, eilfche Landeute aus Pommern und ganze 3 Arbeiter.

Über welche Gelder die Partei verfügt, erfährt man daraus, daß allein der Transport des Nürnberger Sturmtrupps am Palmsonntag nach München eine Million Mark verschlungen hat. Diese Summen bringen natürlich nicht die Parteimitglieder zusammen, deren Zahl Preiß mit noch nicht 1500 angibt, sondern ein großer Teil der Gelder käme aus der ober-schlesischen Bourgeoisie und von norddeutschen Großgrundbesitzern. Vor allem auch der Reichsstandbund unterstützt die deutschösterreichische Presse im ganzen Reich mit namhaften Beiträgen.

Der Reichstag setzte am Dienstag die außenpolitische Debatte fort. Ihr Verlauf deutet darauf hin, daß der sozialdemokratische Vorkoch zum Erscheinen eines direkten Angebots bereits auf ein gewisses Verständnis stößt. Bemerkenswert war die Rede des Führers der Volkspartei, Strejemann. Strejemanns Hinweis, im wesentlichen mit der Erklärung des Außenministers einverstanden zu sein, hinderte ihn nicht daran, einen Gedanken anzuführen, den bereits tags zuvor unser Genosse Hermann Müller in die Debatte geworfen hatte. Auch Strejemann befand den Mut, der Cuno und Rosenfeldt, zu erklären, daß eine Verhandlungsmöglichkeit in der Kombination zwischen dem letzten deutschen Vorkoch für Paris und dem Vorkoch des amerikanischen Staatssekretärs Hughes durchaus besteht. Mit dieser Äußerung offenbarte der Führer der Volkspartei gleichzeitig seine grundsätzliche Übereinstimmung mit der von der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie aus Anlaß der veränderten politischen Verhältnisse seit 14 Tagen mit Entschiedenheit geforderten Politik. Leider dachte Strejemann den geäußerten Gedanken nicht zu Ende, wie es Müller tat, indem er von der Reichsregierung ein konkretes Angebot an die Entente forderte. Der Fraktionsredner der Volkspartei selbst wünschte Aktivität, erklärte, daß der Sinn dieser Aktivität der sein muß, den Weg für internationale Abmachungen frei zu machen, gab seiner Übereinstimmung mit dem von Hermann Müller geäußerten praktischen Beispiel Ausdruck, ohne aber zu fordern, daß die Regierung den vor ihm von der Sozialdemokratie gewiesenen Weg durch einen schriftlich fixierten Vorkoch an die Entente geht. Die Übereinstimmung zwischen dem Führer der Volkspartei und uns, daß Deutschland mit einem Angebot nicht warten kann, bis eine internationale Finanzkommission ihre Leistungsfähigkeit geprüft hat, dürfte sich, nach der Rede des Außenministers zu schließen, vorläufig nicht auf die Regierung ausdehnen. Gerade deshalb wäre es notwendig gewesen, daß Strejemann über seine Äußerungen hinaus, die ihm auf der Rechten und innerhalb seiner Fraktion sicherlich wunden Vorwurf einbringen werden, positiv das gefordert hätte, was auch die Sozialdemokratie wünscht: ein schriftliches Angebot an die Entente.

Ob Strejemann den Beifall seiner schwerindustriellen Parteigenossen finden wird, bleibt abzuwarten. Denn er beging noch andre Irrtümer. Er will den Weg zur Verständigung der Völker beschreiten und stimmt nicht in das Geschrei von der geminderten deutschen Leistungsfähigkeit ein, um die Profite der Bestehenden vor Abgaben zu schützen. Er ließ sogar einen starken Optimismus in Bezug auf Deutschlands zukünftige Wirtschaftsentwicklung durchblicken. Strejemann ist schon öfter von seiner Partei im Stiche gelassen worden, so daß auch jetzt nicht allzuviel zu hoffen ist. Daß sich die Volkspartei für das sozialdemokratische Verlangen starkmachen werde, ein direktes Angebot an die Entente zu erlassen, ist vorerst nicht anzunehmen.

In Frankreich hat die Rede des Außenministers gar keinen Eindruck gemacht. Die Pariser Presse behandelt sie als nichtsagend. Auch die Londoner Presse sülzt aus, daß durch den Mangel eines bestimmten deutschen Angebots die Lösung des Konflikts nicht einen Schritt vorwärts gemacht habe. Demgegenüber muß hervorgehoben werden, daß die Debatte im Reichstag bewies, daß auch andre Parteien als die Sozialdemokratie mit der Erklärung der Regierung nicht ganz einverstanden sind. Im Ausland sollte man deshalb nicht vergessen, daß die Abgeordneten Müller-Franken und Strejemann als Führer großer Parteien sich in ihren Reden die Aufgabe stellen, einen positiven Weg zu Verhandlungen zu zeigen. Wenn im Auslande im Ernst der Verständigungswille vorhanden ist, dann können die Reden der genannten beiden Führer nicht so abgetan werden, wie es sonst üblich ist. Falls in Frankreich der Wille besteht, bieten sie die Basis zur Einleitung von Verhandlungen.

Auffällig ist, daß der Reichsaussenminister auf die offizielle englische Forderung, nicht nur ein fixiertes Angebot zu machen, sondern positiv 40 Milliarden Goldmark

anzubieten, nicht im geringsten eingegangen ist. Dadurch kann man wahrhaftig nicht den Eindruck des Verständigungswillens der Cuno-Regierung erwecken. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine Rede, die der belgische Ministerpräsident Thunis am Montag vor ausländischen Pressevertretern gehalten hat. Thunis erklärte, daß die Ruhrbesetzung ein Mittel, kein Ziel sei und daß Deutschland ein Angebot machen müsse. Gehebe das, so dürfte man sicher sein, daß die Besetzungsmächte wüßten, wo sie darauf zu antworten hätten. Solange aber ein solches Angebot fehle, würden sie den Druck verstärken.

Immer wieder konzentriert sich alles auf die Bekanntgabe eines sicheren deutschen Reparationsplanes. Diese Forderung muß jetzt noch drücklicher wiederholt werden.

Mehr als 20 000 Ausweisungen

Berlin, 17. April. Die deutsche Regierung hat den Regierungen in Paris, London und Brüssel in einer Protestnote eine weitere Liste von zahlreichen Ausweisungsfällen überreichen lassen, die die Namen von 833 Personen umfaßt. Inzwischen gehen die Ausweisungen massenhaft weiter. Allein am Montag sind 1236 neue Ausweisungen bekanntgeworden, so daß einschließlich der Familienmitglieder bereits mehr als 20 000 Personen ausgewiesen sind.

Die Anhebung der Presse wird ganz planmäßig weiter betrieben. Vor allem fallen die sozialdemokratischen Blätter immer wieder dem Verbot anheim. Die Essener Arbeiterzeitung tritt mit, daß sie erneut bis einschließlich 4. Mai verboten worden sei. Die Pressefreiheit ist im Ruhrgebiet völlig beseitigt.

Das Reichskommissariat beseitigt

Berlin, 17. April. Dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete, Fürsten von Sayebitz-Wildenburg, ist heute von der Interalliierten Rheinlandkommission eine Note übergeben worden, des Inhalts, daß die Aufrechterhaltung eines Reichskommissariats für die besetzten Gebiete die Autorität der Rheinlandkommission und die Ausführung der Besatzungsverordnungen beeinträchtigt, und daß daher die Mission des Reichskommissars als beendet betrachtet werden müsse. Fürst Sayebitz hat sofort Einspruch erhoben unter Hinweis darauf, daß das Abgremien zu seiner Ernennung nicht von der Interalliierten Rheinlandkommission, sondern von der Völkervereinigung erteilt worden sei, und daß er demgemäß der Rheinlandkommission nicht das Recht zuerkennen könne, seine Mission für beendet zu erklären.

Die Regierung berichtet dazu, daß sie Protest gegen die Abhebung erhebe, daß aber Fürst Sayebitz einwilligen mit seinem Beamtenstande den Posten und das besetzte Gebiet verlasse.

Rigoroser Kohlenraub

Essen, 18. April. Die neue Verordnung des General-Deputierten, die den Transport von Kohle ohne französische Bescheinigung verbietet, wird rigoros durchgeführt. Im Laufe des letzten Tages sind sogar Kohlenmengen von einem Zentner, die in Kinderwagen transportiert wurden, beschlagnahmt worden. Von der Beschlagnahme werden in erster Linie die kleinen Fabriken und Gewerbetriebe betroffen, in zweiter Linie aber auch die Haushaltungen, da bei der kalten Witterung wieder Kohlenraubböle zur Heizung benötigt wird.

Reze englischen Handelsleute gegen Frankreich

London, 17. April. Unterhaus. Lord Venting fragt, ob die Regierung protestieren werde gegen die Aktion der französischen Behörden im Ruhrgebiet wie gegen die Ausweisung zahlreicher deutscher Arbeiter aus ihren Wohnungen, da diese wahrscheinlich den Streit in die Länge ziehen und die britische Wirtschaft bei der Reparationsfrage behindern wird. Unterhaussekretär Mac Neil erwiderte, er könne keinerlei derartige Aussagen machen. Die Regierung werde stets die britischen Interessen hochhalten. Sie habe jedoch nicht die mindeste Absicht, eine Politik der Handelskriege gegen Frankreich zu verfolgen. (Beifall auf der Regierungsbank.) Lord Venting fragt hierauf, wer dafür verantwortlich sei, daß Frankreich den Eindruck erhalte, daß England der Politik Frankreichs günstig sei. Auf diese Frage erfolgte keine Antwort. Auf den nachdrücklichen Ruf der Arbeiterabgeordneten nach Antwort erklärte Mac Neil, er habe nicht ein Wort der Anfrage gehört. Der Präsident erhob hier den Einwand, die gestellte Frage könne augenblicklich nicht beantwortet werden.

Leben • Wissen • Kunst

Theater

Die künstlerische Leitung des Schauspielhauses widmet Magimiliane Weibitz folgenden Nachruf:
Am 16. April vormittags wurde Magimiliane Weibitz von uns genommen. Sie hat unangenehm Leiden erlitten, ihr Tod war sanfter Entschlafener einer schon auf Erden Beklärten.

Die deutsche Bühne ist um eine große schöpferische Kraft ärmer geworden. Unermesslich ist der Verlust für die Dresdener Staatstheater: ein Quasi ist verlohren, aus dem und seit vielen Jahren beglückende Fülle des Lebens floß. Aber nicht nur um die geniale Künstlerin trauern wir, sondern, im Innersten erschüttert, auch um die Mitkämpferin, die Freundin, die Freundin.

Über den Schmerz hinaus leuchtet das Gefühl tiefer Verehrung und inniger Dankbarkeit. Das Andenken Magimiliane Weibitz soll nicht erlöschen und als unsern Wirken ein Ansporn sein. Sie ist nicht tot; ihr lebendiges Denkmal sind unsere Herzen.

Konzerte

Wohlwolligkeitkonzert. Die unglückliche Waise wurden nicht die Kunst und ihre Vertreter materiell unterstützt. Wohl ebenso oft wurden aber beide zu Hilfe gerufen, wenn es galt, die materielle Not anderer zu lindern. Die gesellschaftsbindende Macht der Kunst, ihre Macht, eine große Zahl von Menschen gleichstimmig, für gleiche Ideale zu begeistern, lassen auch die zu gerne spielen, die sich sonst um die Erziehung der Kunst nicht oder wenig kümmern. Zu denen gehört allerdings der Verein „Kühn“ (ehemalige Schüler des Thüringischen Gymnasiums) nicht, der jetzt alles aufbietet, um das der Menschenfreundlichkeit gewidmete, in Not geratene Institut zu stützen. Der Verein kam auch auf den Gedanken, die Konzerte zu Hilfe zu rufen und hat bei ihr keine Hehlstätte getan. Das Jubiläumskonzert der Vereinsjugend unter Kantor E. C. A. ritz Leitung im Künstlerhaus, unter Mitwirkung der beliebten Lautensängerin Olga Petz und eines jungen, am gelungselben Violoncello spielenden Geigers Ernst Sedding (ein Malibier; Clemens Braun) hatte, dem vollbesetzten Saale nach zu urteilen, jedenfalls einen schönen finanziellen Erfolg. Das im ganzen auch künstlerisch gut verlaufene Konzert erzielte u. a. einen für uns persönlich wegen seiner Seltenheit und Melodiosität fesselnden Chor: „Da kommt von dem blauen Hügeln“ des „Austrian-Weiber“-Komponisten Nicolai. Kr.

Malibierden Bachmann. Viele dachten, der Dresdener Kammermusik Bachmann gibt einen Klavierabend und so wurden mehr Karten als erwartet verkauft. Der Pianist war aber Barton Bachmann, hier noch unbekannt. Er ist zunächst lediglich Virtuoso und noch kein Künstler. Das heißt: seine entwickelte Technik ist selbstverständlich, Zeit zu künstlerischer Gestaltung, zu liebevollem, bestimmtem

Ausgehalten nimmt sich Bachmann noch nicht. Dafür nimmt er sich aber vor Beginn eines Bachkonzertes ungebührlich lange Zeit, die Finger im wühlenden Einspielen zu läden, so daß viele diese Improvisationen schon für das Vortragsstück selbst halten müssen. Trotz guter Technik ist dem Pianisten noch der Wunsch größerer Kontinuität und Fertigkeit zu legen.

Dresdner Kalender

Theater am 19. April. Opernhaus: Der fliegende Holländer (7 1/2). Volkshaus Nr. 6244 bis 6251. — Schauspielhaus: Die deutsche Kleinfahrt (7 1/2). Volkshaus Nr. 6292 bis 6300. — Reuilländer Schauspielhaus: Heimat (7 1/2). — Residenz-Theater: Don Cesar (7 1/2).

Adamsplatzsaal. Morgen spielen in Schillers Maria Stuart zum ersten Male Hedwig Federer die Elisabeth, Bruno Detsch den Wurfisch und Herbert Dirmoser den Wortimer. Die übrigen Hauptrollen sind wie bisher besetzt. Anfang 7 Uhr.

Das 6. (letzte) Philharmonische Konzert ist Dienstag den 24. April (7) im Gewerbehause. Es wird die 9. Sinfonie von Beethoven ausgeführt. Dirigent: Edwin Lindner. Der vorangehende Solistenquartett. Dresdener Singakademie und Dresdener Kehrergesangsverein. — Karten ab Montag den 16. April bei F. Ries, Seestraße 21.

Zur Mitwirkung in der 9. Sinfonie im letzten Philharmonischen Konzert Dienstag den 24. April werden 11 imwobegabte Damen gesucht, die das Werk bereits gesungen haben. Anmeldungen bei Edwin Lindner, Kaiserstraße 22. Probe am 20. April, 7 Uhr, im Wettiner Gymnasium, Wettinerplatz.

Mitteilungen der Kongressdirektion Ries. Freitag (7 1/2) Palmengarten Wiederabend von Paris Williams. — Im kleinen Saale der Dresdener Kaufmannschaft (7 1/2) Vortragsabend von Helene Jedermann. Mittelalterliche Musik. Heinrich Geuse. — Sonnabend (7 1/2) im Künstlerhaus Armita Senatra (Violine). Am Abend: Antonio Traversi (Klavier, Rom). — Sonntag (7 1/2) Konzert von Anita Fortner (Violine) und Kamala Wolff (Klavier). — Montag (7 1/2) einmaliger Klavierabend von Solomon im Palmengarten.

Das nächste Volkskonzert der Philharmonischen Orchesters findet Montag den 23. April, 7 1/2 Uhr, im Gewerbehause statt. Es dirigiert: Emanuel Kalaban. Solist: Rudolf Hoff (Violine). Karten bei F. Ries, Seestraße 21.

Die Aufführung der Johannes-Basson von Joh. Seb. Bach, aufgeführt von der Dresdener Volkshausakademie, den Solisten Johanna Jaffe (Sopran), Franziska Bender-Schäfer (Alt), Hermann Müller (Tenor, Evangelist), Karl Herron (Bariton, Christus) und Alfons Secerius

(Vah) mit dem Philharmonischen Orchester unter Leitung von Johannes Reichert, an der Orgel Dr. Schorr von Carolusfeld, findet nächsten Freitag (7 1/2) in der Dreifaltigkeitskirche statt. Karten bei F. Ries, Seestraße 21, und O. Reimde, Hauptstraße 2.

Friedrich Brodersen gibt einen letzten Wiederabend Mittwoch den 26. April (7 1/2) im Vereinshause mit Linda Brodersen am Flügel. Karten bei F. Ries, Seestraße 21.

Widia Pines spricht Sonnabend den 23. April (8) in der Kunstausstellung Richter: Vom Widen des Einfließers Sofina aus „Die Brüder Karamasoff“ von Dostojewski. Karten bei Richter, Prager Straße 13, F. Ries, Seestraße 21, und im Selbstverkauftaus.

Kollektionshäuser. Die früheren Teilnehmer an dem Aufruf des Oberlehrers B. Hübner (Weg zur Erneuerung der Gesellschaft und zu edlen Freuden in Familie, Verein und bei Volksfesten) werden gebeten, Freitag den 20. April, nachmittags 5 Uhr, im Knechtstedenken der 46. Volkshaus (Vorkochschule), Georgplatz 6, 2. (betreffend Spielkursus in der Kunstausstellung) zu erscheinen.

Sonntag den 22. April beginnt Dr. Walter Müller: Die Bildhauerei der Griechen und ihre Hauptprobleme, erläutert an den Originalen und Abgüssen der Skulpturensammlung, sieben Führungen, vormittags 9 Uhr, in der Skulpturensammlung (Georgplatz 6, 1. (geöffnet: Montags bis Freitags von 10 bis 3 Uhr, Sonnabends von 10 bis 12 Uhr, Dienstag und Donnerstags außerdem von 5 bis 7 Uhr nachmittags). Dienstag den 24. April: Dr. Kurt Schumann: Vortragsabend in der Oberen Tagelöhnerkammer für Fortgeschrittene, von 7 bis 9 Uhr, in der Oberen Tagelöhnerkammer, Pragerstraße 18.

Naturkundliche Vorträge mit Dr. Friedrich W. Schäfer. Abstellung 2. Sonntag den 22. April. Abfahrt: 8 Uhr 1 Min. Dresdener-Reuilländer nach Langenbach.

Meine Mitteilungen

Eine neue „Curanto“-Bearbeitung. Zu den mannigfachen Versuchen, Webers musikalisches Scherzgenie „Curanto“ hübenwieverfamer zu gestalten und damit für den deutschen Opernsphären wieder zu gewinnen, ist jetzt eine neue Bearbeitung des bekannten Schriftstellers Wolf Lauder getreten, der den unglückseligen Text Helmine v. Hofes vielschlagend verändert hat. Die musikalische Einrichtung stammt von dem englischen Violoncellisten und russischen Donat F. Loken. Beiden Künstlern ist bereits die Aufführung der Scherzhaften Sinfonie „Der treue Soldat“ und die „Weiberbesetzung“ zu danken, die Fritz Busch, der an dieser musikalischen Revue einen wichtigen Anteil hat, feinerge als letzte Reue bei in Stuttgart herausbrachte. Wie drei Werke sollen im nächsten Winter in der Dresdener Staatsoper zur Aufführung gelangen.

Abgewiesene bürgerliche Angriffe

Nachdem im gestrigen Landtage unsere Minister auf die zahlreichen Anfragen der Rechten geantwortet und die gegen die Regierung erhobenen Angriffe zurückgewiesen hatten, setzten die Redner der bürgerlichen Parteien ihren Ansturm gegen die Regierung und gegen die Sozialdemokratie fort. Daß die Herren dabei etwas Neues vorgebracht haben, kann man nicht gerade behaupten. Es war ihnen sehr gelegen gekommen, daß gerade in letzter Zeit in einigen Versammlungen Ausschreitungen vorgekommen waren, und das gab ihnen, so besonders dem Deutschen Volksparteiler Binger und dem Deutschnationalen Berg, denen dann schließlich noch der Demokrat Dehne zu Hilfe kam, Anlaß, gegen die Selbstschutzorganisationen loszuwettern. Wir brauchen kaum erst zu sagen, daß wir die Ausschreitungen nicht billigen und der Arbeiterschaft dringend empfehlen, sich in Zukunft von derartigen Dingen fernzuhalten, aber gerade die Vorgänge, die sich in letzter Zeit abgespielt haben, beweisen, daß geordnete und gut disziplinierte Abwehrorganisationen notwendig sind. Genosse Müller, Chemnitz, der gestern mit den Rednern der bürgerlichen Parteien abredete, sagte ihnen, daß sie kein Recht haben, sich über die proletarischen Selbstschutzorganisationen aufzuregen, denn sie hätten ja die Waffe begonnen. Man kann nur immer wieder fragen, wo die Herren geblieben sind, so lange von deutschnationalen und deutschnationalistischen Organisationen offen und verdeckt Angriffsorganisationen gegen die Republik geschaffen wurden.

Es gehört auch ein gut Teil Unverfrorenheit dazu, wenn die Leute von rechts jetzt so viel von dem angeblichen sozialdemokratischen Terror hermaolen, nachdem ihre Parteien und ihre Regierungen jahrelang versucht haben, der Sozialdemokratie mit allen Mitteln der Unterdrückung ein Ende zu machen, und die Anhänger der Sozialdemokratischen Partei auf das niederträchtigste verfolgt haben. Man braucht da nur an die Zeit des Sozialistengesetzes und an die Polizeiwirtschaft zu denken, die hier in Sachsen jahrelang geherrscht hat.

In der Debatte wurde auch viel davon hergemacht, daß das Echo de Paris die Rede des Genossen Feigner zu Angriffen gegen Deutschland benutzte. Man kann aber wirklich nicht verlangen, daß ein Ministerpräsident etwas nicht sagt, weil die Weltöffentlichkeit besteht, daß irgend jemand in Frankreich sich darauf bei seinen Angriffen gegen Deutschland stützt. Schließlich braucht man wirklich nicht erst durch die Neuherung des Genossen Feigner im Ausland Material geliefert zu werden. Es ist leider ja nur zu offensichtlich und in der ganzen Welt nur zu bekannt, daß die belagerten Massen in Deutschland nicht den unter den heutigen Umständen notwendigen Opferwillen gezeigt haben, und nicht die Ausführungen Feigners, sondern die durchaus bekannten Tatsachen, über die er gesprochen hat, sind es, durch die den französischen Sehern die Arbeit erleichtert wird. Wenn die Leute von rechts verhindern wollen, daß durch Vorgänge in Deutschland den französischen Schermschneidern gedient wird, müssen sie vor allem verhindern, daß unsere nationalpolitischen Maulhelden den französischen Nationalisten immer wieder in die Hände zu arbeiten.

Warum bemüht sich die bürgerliche Presse übrigens nicht, jener französischen Stimmen habhaft zu werden, die die deutschen Stimmen der Perennität für eine Verkündung Deutschlands verwenden? Man entsetzt sich, daß Brand feinerzeit, ehe er abtreten mußte, seine Politik des Entgegenkommens an Deutschland mit dem Hinweis darauf verteidigte, daß es nicht nur ein reaktionäres, sondern auch ein republikanisches, besseres Deutschland gäbe, das man unterstützen müsse. Alle politischen Neuherungen, die sich ähnlich, wie die des Genossen Feigner, für ein ehrliches Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich aussprechen, sind den Gegnern Poincaré in Frankreich sehr willkommen, denn es gibt eben auch dieses andre Frankreich, wie es dieses andre republikanische Deutschland gibt. Von diesem für uns so günstigen Echo in sozialistischen, sozialistischen und bürgerlichen Blättern und Kreisen Frankreichs berichten unsere bürgerlichen Parteien nichts, weil es zu ihrem innerpolitischen Kampfe gegen die Sozialdemokratie nicht verwendbar ist.

Sächsischer Landtag

32. Sitzung, Dienstag, 17. April, vorm. 11 Uhr.

Ministerialrat Justizrat Stenz erklärt, daß die von kommunistischer Seite beantragte Nebeschaffung von Max Hölz nach Sachsen nur auf Grund eines Staatsvertrages zwischen Preußen und Sachsen erfolgen könne. Ein solcher Staatsvertrag sei in Vorbereitung.

Ministerialrat Kunz geht auf die Demonstrationen in Bittau anlässlich des Rathenau-Todes ein, und teilt mit, daß das Strafverfahren gegen die Teilnehmer an den Ausschreitungen vom Gesamtministerium, entsprechend einem Beschlusse des Landtages, niedergelegt worden ist.

Arbeitsminister Graupe

gibt Auskunft auf einige in sein Ressort einschlagende Anfragen und stellt dabei fest, daß unter der Ausweitung der Arbeitsgesetzgebung die Arbeitslosigkeit in Sachsen in den letzten Tagen sehr stark zugenommen hat. Weiter schildert er die unangenehmen Bemerkungen der sächsischen Regierung auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Sachsen hat schon vor Wochen eine 100prozentige Erhöhung beantragt. Das Reich hat nur eine 60prozentige Erhöhung beschlossen. Daß sich nach nur einer Woche zur Auszahlung kommen wird, leider müsse auch festgehalten werden, daß der jährliche Antrag, die Erhöhung gleich zu gestalten, wohl keine ausreichende Unterstützung finden wird. Jedemfalls dürfte die Erwerbslosenunterstützung damit noch nicht abgeholfen sein. Es ist ein unheilbarer Zustand, daß den Auszubereitenden nur auf 15 Wochen Unterstützung gezahlt werde. Endlich widerlegt der Minister die von bürgerlicher Seite aufgestellte Behauptung, daß das angeklagte Arbeitsamergesetz gegen die Verfassung verstoße. Darauf folgte die dritte Rednergarnitur ein. Der Volksparteiler Binger äußerte sich im Schwere seines Ansehens ab, um die Ungefährlichkeit der Vorhaben der sächsischen Regierung erlassenen Verordnung über die Kontrollausschüsse darzutun, was ihm natürlich gänzlich vorbeigelang. Er verlangte auch, daß der Ministerpräsident mit dem wüsten Annehmen endlich Schluss mache, und blieb gleich seinem Reaktionskollegen Dr. Schneider dabei, daß die Erklärung des Ministerpräsidenten zum Inkrafttreten bereits ihre schädliche Wirkung im Auslande gehabt habe. Das Ansehen Sachsens habe durch die Regierungsumbildung gelitten.

Es folgt der Deutschnationale Berg, dem beweistlicherweise die proletarischen Selbstschutzorganisationen ein Dorn im Auge sind. Selbstverständlich gefiel ihm auch die Sozialpolitik der Gewerkschaften nicht und ebensowenig der Achtstundentag.

Dr. Müller, Chemnitz (Soz.): Ihre Sorge um das Schicksal der jetzigen Regierung ist zunächst gänzlich überflüssig. Die Auskunft des Ministerpräsidenten

wegen der gestrigen Graupen-Versammlung in Chemnitz hat der Rechten nicht gefallen. Die Einberufer haben den Wert betrogen und sind unter falschen Vorwänden zu dem Lokal gekommen. (Zurufe der Kommunisten: Und haben nicht einmal bezahlt!) Der Wert hat darauf völlig unbefriedigt den Leuten das Lokal beweiheert. Bei dem Verhalten der Rechten ist es kein Wunder, daß es zu solchen Ausschreitungen gekommen ist. Sie haben kein Recht, sich über die proletarischen Selbstschutzorganisationen zu beschweren, denn Sie haben die Waffe begonnen. Daß die gegenrevolutionären Organisationen nicht bewaffnet seien, glaubt Ihnen kein Mensch. Genoss, die Herren tragen ihre Waffen nicht zur Schau, aber sie haben ihre Sammelstellen bei sehr vielen Offizieren der Reichswehr. (Sehr richtig! links.) Die Vergewaltigungen sind nötig, weil die Richter auf die heutigen Verhältnisse nicht eingestellt sind. — Der Berg weist dann die Beschuldigungen des Deutschnationalen Berg gegen die Sicherheitswehren während der Revolutionzeit energisch zurück. Die gestrigen Graupen-Vorgänge sind noch nicht festgestellt, so viel aber ist fest, daß Anhänger der Rechten mit Sammelstätten und Eisenklüden bewaffnet gewesen sind. Ob das nur deshalb geschehen ist, um eine friedliche Zusammenkunft zu ermöglichen, möchte das sehr bezweifelt werden. Der Berg hatte auch kein Recht, die steuerlichen Leistungen des Reiches herauszufordern. Soweit der Berg geglaubt hat, ist das in der Hauptsache erst nach dem eingetretenen Widerstand geschehen. Sie erklären sich nicht gegen den Achtstundentag zu wenden, sondern bloß gegen seine Schematisierung, worunter Sie aber die Umwandlung des Achtstundentages verstehen. Der Redner wendet sich dann zu den Ausführungen Bingers über die Kontrollausschüsse und erklärt dabei weiter, daß die Arbeiterschaft, wenn sich die bürgerlichen Parteien mit der Republik abfinden und dies mit der Zeit weichen, nicht daran denken würde, sich noch mit dieser Aufgabe zu belasten, da sie gerade genug anders zu tun habe. Nach einer treffenden Kennzeichnung der Deutschnationalen Dr. Schneiders betont der Redner, daß gerade die rechtsstehenden Kreise allen Anlaß hätten, das deutsche Ansehen zu heiligen, bisher haben aber nur die Arbeiter und alle Republikaner dem deutschen Ansehen genügt. Herr Binger hat sich alle Mühe gegeben, zu beweisen, daß das geistige Leben der Sozialdemokratie sich im Niedergange befinde. Warum diese Sorge? Wenn dem so wäre, so könnten die Herren doch nur aufhören sein. Wollen Sie mitarbeiten, so wird Sie niemand daran hindern, aber Sie müssen sich vorher als zuverlässige Stützen des neuen Staates erweisen. Vorläufig sind jedoch nur die Arbeiter und werden es auch bleiben. Die deutsche Arbeiterschaft trägt sich an dem deutschen Gefühl von niemand übertrafen. Auch die Kommunisten nicht. Wir wollen ein deutsches Reich schaffen, in dem sich jeder wohl fühlt. Daran wollen wir bauen. Dazu können wir Sie nicht gebrauchen. (Beifall links.)

Der Kommunist Renner forderte, daß proletarische Selbstschutzorganisationen in ganz Deutschland geschaffen werden. Dann würde die Hinterschneidung aufhören. Die Arbeiter-Kommunistenorganisationen müßten aber einheitlich aufgebaut werden. Die Regierung müsse die Bürger-Kommunistenorganisationen verbieten. Die Verordnung über die Kontrollausschüsse entspräche nicht ganz den Verordnungen. Diese Ausschüsse müßten von den Reichsräte-Vorparlamenten gewählt werden. Große Heiterkeit erregte es, als Renner erklärte, die Kommunisten würden sich jetzt an die Spitze der Nation stellen.

Den Reigen der Debattierenden beschloß der Demokrat Dr. Dehne, der erst gegen links und dann gegen rechts polemisierte. Gegen 5 Uhr abends wird endlich die Aussprache geschlossen. Eine Anzahl der vorliegenden Anträge wird noch in Ausschussberatung genommen werden.

Zum Antrag Raab-Wölffig (D. Sp.) auf Berücksichtigung der handwerklichen und gewerblichen Fachpresse bei Zuführung von Mitteln an die volkshelende Presse, erklärte der Wirtschaftsminister, daß den Wünschen im wesentlichen schon heute Rechnung getragen werde. Ein weitergehendes Verlangen bei der Reichsregierung habe zur Zeit keinen Zweck. Der Antrag wurde nach kurzer Debatte gegen die Kommunisten angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag den 19. April.

Deutsch-polnische Differenzen

Aus Warschau wird uns geschrieben:

Am 10. April hat der polnische Ministerpräsident Sikorski in Posen eine Rede gehalten, die nur als eine demonstrative Kampfanzeige an das Deutschtum in Polen und als eine auffällende Präzisierung des Deutschen Reiches bezeichnet werden kann. Obwohl gerade in Dresden Verhandlungen u. a. über die sogenannten Contanten und über die Handhabung des polnischen Liquidationsrechts an deutschem Eigentum in Polen schweben, hat der polnische Ministerpräsident es für richtig gehalten, die grundsätzliche und rücksichtslos durchgeführte Entdeutschung Posens und Westpreußens zu fordern. Daß in dieser Frage auch Entscheidungen des Völkerbundes gegen Polen vorliegen, stört den polnischen Premier nicht, und das vom Völkerbund in diesem Zusammenhang gegen Polen angestrebte Verfahren vor dem Haager Schiedsgericht nennt er vorzuziehen, ehe es entschieden ist, eine Polen nicht bindende Regulierung. Darüber hinaus hat Sikorski dem Deutschen Reich in allgemeinen Wendungen Nebensächlichkeiten vorgeworfen, gegen die Polen sich sichern müsse. Im gleichen Atemzuge hat er davon gesprochen, daß der Friedensvertrag, die berechtigten polnischen Ansprüche nicht erfüllt habe. Kann es ein impudischer Zeugnis für den Imperialismus eines Staates geben, der heute eine fremdstämmige Bevölkerung von 40 Prozent aufweist?

Nur zum kleinen Teil wird die Bedeutung dieser provokativen Stellungnahme des polnischen Regierungschefs dadurch gemindert, daß sie hauptsächlich diffamiert ist von der Angst um die Regierungsmehrheit. Es ist charakteristisch für einen Polen logar der linksstehenden Parteien — denn dafür galt Sikorski bisher —, daß er lieber mit der Reaktion zusammengeht, als mit den nationalen Minderheiten. Denn das ist der Sinn der Verschiebung des Regierungsschwerpunktes, die augenblicklich in Polen vor sich geht: die Minderheiten sollen ausgeschaltet werden, und das ist nur durch eine unnatürliche Verbindung zwischen Rechts- und Linksparteien möglich. Diese Schwenkung macht Sikorski mit, und um sich der Reaktion trotz zu empfehlen, wendet er sich gegen das Deutschtum und gegen Deutschland.

Kleine politische Nachrichten

Kommunisten-Enteignung in Bulgarien

Sofia, 17. April. Die Regierung hat einen Gesetzesentwurf vorbereitet, der sie zur Enteignung von Kommunisten geiztenden Gütern ermächtigt. In dem Gesetzesentwurf heißt es, in jedem schon Anhänger der kommunistischen Idee sässenden Parte sollen die Häuser, Ländereien und das bewegliche Gut der Kommunisten enteignet werden. Civilliche Räte, zu denen Vertreter der kommunalen und Regierungsbehörden, sowie drei von den Kommunisten ohne Unterschied des Alters und Geschlechts gewählte Mitglieder gehören, werden mit der Verwaltung der nach zufälligem Myster organisiertes Kommunem betraut werden. Auf Überleitung der Anordnungen der Räte steht Lebensstrafe. Der Gesetzesentwurf wird der neuen Kammer vorgelegt werden.

Diese Unterdrückungspolitik stellt wohl den Reford in der Brutalität und Gemeinheit auf. Sie wird aber das Gegenteil erreichen, als was ihre tolleren Urheber begreifen.

Rifenstpiel in Oesterreich. Die Regierung des Präsidenten Seipel hatte formell ihren Rücktritt erklärt. Der Nationalrat hat sie mit 100 gegen 59 Stimmen der Sozialdemokraten wiederbestätigt. Der Kurs bleibt ungemindert reaktionär.

Die von den Wiener Vaterfreudigen für Sonntag pompös angelegte große „Feldentübung“, bei der die Faschisten bewaffnet antreten wollten, ist dank der Wachsamkeit der Wiener Polizei und unster dortigen Parteigenossen ausgeblieben. Die Polizei hat die Endstationen der elektrischen Straßenbahn überwacht, Gendarmenposten durchzogen die Umgebung der Stadt und zerstreuten die Vaterfreudigen, so wie sie sich ansammeln versuchten. Es zeigte sich aber nur wenige von ihnen. Die Ordner der Sozialdemokratischen Partei hatten nur Verweisschreiben, brauchten aber nirgends einzugreifen.

Aus aller Welt

König-Leopold-Schiffal

Der 75 Jahre alte frühere Schmiedemeister Kengler aus Niederlangenwalden verkaufte kurz vor dem Krüge seine Schmelde, um sich zur Ruhe zu setzen. Er war damals ein wohlhabender Mann. Die Geldentwertung brachte ihn in so große Not, daß er bei seinen Kindern Forderungen nehmen mußte. Seine sechs verheirateten Töchter, die andernorts in reichen Verhältnissen leben, einigten sich dahin, daß jede der Reihe nach vier Wochen lang den Vater bei sich aufnehmen sollte. Zunächst war es so, daß der alte Mann fast täglich seinen Wohnsitz ändern mußte; häufig verschloffen die Töchter vor ihm das Tor. Dieses Lebens müde, hat sich Kengler jetzt erhängt.

Sultan-Austrück

London, 17. April. Kaiser selber aus New York: Ein Telegramm aus Guayaquil berichtet über einen heftigen Aufruhr des Vullans Tangaragua. Große Mammamassen schlagen auf die Straße hervor. Weißglühende Steine fallen in die Stadt. Bomben und ihre Umgebung. Die Stadt ist von einer Schicht Asche und Sand bedeckt.

Die Frau des Mörders als Bandenführerin. Vor einigen Monaten ist in Berlin ein Polizeiwachmeister von Einbrechern erschossen worden. Zwei der Täter sind später ergriffen worden. Der dritte Mörder, Jahned, ist noch flüchtig. Bei einem Besuch in seiner Wohnung wurde zwar nicht Jahned, doch aber seine Frau und sieben Männer angetroffen, die gerade von einem Einbruch mit einer Beute nach Hause gekommen waren. Frau Jahned war die Anführerin der gefährlichen Bande. Nachdem erst wenige Nachmittage seit dem Einbruch verstrichen waren, hatte die Bande bereits einen Teil der Beute veräußert können.

Der Lorenbor als Streikbrecher. Der berühmte Malador Bombila erdient beim letzten Streikampf in der Arena in Madrid mit kondigiertem Kopf, durch dessen Verband Blut sickerte. Die Malador Streikbrecher stehen nämlich seit einer Woche im Zustand, und Bombita hatte sich dem Jokus als Streikbrecher zur Verfügung gestellt. Am Eingang zur Arena wurde er von seinen über den Streikbruch erregten Kollegen empfangen und so über zugerichtet, daß er sich, bevor er aufstehen konnte, erst verbinden lassen mußte.

Der Wahnwundst einer Irenen sind auf der böhmischen Schutstation Rauch zwei Menschenleben zum Opfer gefallen. Dort wartete auf den Bahnsteig ein Mann mit seiner Tochter, die er in die Irenenanstalt nach Dobrujan bringen wollte. Als der Schutstzug einfuhr, rief sich plötzlich das Mädchen vom Vater los und stürzte sich dem Zuge entgegen. Der Vater wollte die Tochter zurückreißen, sie umklammerte ihn aber mit beiden Händen und beide gerieten unter den Zug und konnten nur als veräxumtelte Leichen unter den Rädern hervorgezogen werden.

Der Kaufmörder aus der Moskwa in Berlin, dem die Mollkollerin Anna Dittler zum Opfer fiel, ist dank den eifrigen Bemühungen der Berliner Kriminalpolizei festgenommen worden. Es handelt sich um einen 40 Jahre alten Kaufmann Karl Häufler, der aus Jella in Thüringen stammt und sich seit längerer Zeit in Berlin arbeitslos und unterrichtet. Häufler ist bereits mehrfach vorbestraft. Er hat bei seinem Verhör im Polizeipräsidium ein Geständnis abgelegt. Danach habe er die Ermordete bereits früher gefannt und sei wiederholt bei ihr im Laden gewesen. Als er erfahren hatte, daß sich in der Halle große Geldbeträge befänden, habe er den Entschluß gefaßt, die Dittler zu ermorden und zu berauben. Am 7. April ließ er sich wiederum zu ihr begeben und habe sich mit ihr unterhalten. Als die Dittler sich umdrehte, schlug er sie mit einem Hammer auf den Kopf, und da er sah, daß sie noch nicht tot war, durchschnitt er ihr die Kehle. Die Wundwerkzeuge hatte er sich nach einem vorher durchgeführten Pläne besorgt. Weil er nicht genügend Geld im Laden fand, packte er dann eiligst in zwei Pappkartons einige Sachen zusammen. Die Kartons stellte er bei einer ihm bekannten Bekäuserin unter, wo sie inzwischen von der Kriminalpolizei beschlagnahmt worden sind.

Letzte lokale Nachrichten

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung

Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit, daß der Reichsrat seinen Vorschlag der Reichsregierung zugestimmt hat, durch die die Höhe der Erwerbslosenunterstützung erhöht, in den hauptsächlichsten Beträgen bis zu 60 Prozent, erhöht werden. Die Erhöhung tritt mit Wirkung vom 16. April an in Kraft. Die neuen Sätze werden möglichst bald bekanntgegeben werden, so daß vielfach schon Ende der Woche nach den neuen Sätzen wird ausgezahlt werden können.

Der Dollar 24937,25

Berlin, 18. April. (Amtlich.)		18. 4.	18. 4.	17. 4.	17. 4.
		Geld	Reich	Geld	Reich
Amsterdam	1 Gulden	0675,75	0724,50	8270,25	8820,75
Buenos Aires	1 Peso	9032,81	9097,00	7780,62	7760,88
Kopenhagen	1 Krone	4418,93	4438,07	8775,63	8794,47
Frankfurt	1 Mark	4088,25	4711,75	3890,02	3899,89
Schweden	1 Krone	6583,25	6616,50	5820,91	5849,00
Helsingfors	1 fin. Mark	683,28	686,72	590,82	588,48
Belgien	1 frant	1401,48	1408,52	1218,95	1220,05
Italien	1 Lire	1211,98	1218,04	1048,38	1049,62
London	1 Pf. Sterl.	114720,25	115287,50	98258,78	97748,25
New York	1 Dollar	24937,25	25002,50	21158,97	21283,03
Paris	1 frant	1620,98	1629,07	1408,96	1416,04
Schwiz	1 frant	4488,75	4511,25	3888,88	3887,93
Spanien	1 Pesta	3816,48	3834,57	3288,81	3288,10
Wien (abgefl.)	100 Kronen	43,50	44,11	39,87	39,03
Wrag	1 Krone	783,18	789,84	688,41	685,80
Vadapest	1 Krone	6,88	6,67	4,78	4,76

Polnische Noten 54,25.

rs. Berlin, 18. April. (Eig. Draht.) Die Vorgänge, die sich im Laufe des gestrigen Tags am Devisenmarkt abgespielt haben, haben die Aufmerksamkeit aller an der Wirtschaft interessierten Kreise wieder auf die Auszubildung der ausländischen Zahlungsmittel gelenkt. Schon im Laufe des gestrigen Vormittags ist in der Bewegung des Devisenmarktes ein lebhafter Zug erkennbar. Auch in den heutigen Morgenstunden zeigte sich zunächst die Nachfrage unvermindert fort. Gegen 11 Uhr wurde der Dollar mit 22 400 genannt, englische Pfunde setzten etwa mit 107 000 ein, stiegen aber vorübergehend auf 108 000, um später mit 104 500 genannt zu werden. Es zeigten sich auch heute wieder die gleichen Kurvenbildungen. Die betragsmäßige Spekulation rechnet mit der Möglichkeit, daß durch die Reichsbankentlastung sich die amtlichen Kurse niedriger stellen als im Freiverkehr.

Montag mittig verblieb nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden mein innigstgeliebter, treuergebender Gatte, unser lieber Vater, mein guter Sohn, Schwager, Bruder, Schwager und Onkel, der **Heilwärtler**

Emil Alfred Tietze

im 62. Lebensjahre.
In tiefer Trauer setzt die Hinterbliebenen an
Dresden, N. Barbacustrasse 2, den 16. April 1933
Iba Tietze geb. Oehme mit Kindern u. Angehörigen.
Die Beerdigung findet Donnerstag den 19. April, nachmittags
4 Uhr, auf dem Westener Friedhofe statt. (1033)

VEPD. 4. Unterbezirk

Parteisekretariat: Dresden-N. Wettinerplatz 10, S. II. Tel. 22021.

Jahresversammlung

Sonnabend den 5. Mai, abds. 5 1/2 Uhr, im Jugendheim, Coyvetstr. 12.
Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Neuwahlen. 3. Anträge. 4. Sitzungsergebnis.
Die Beschlüsse werden erl. umgehend die Wahl der Delegierten (auf 100 Mitglieder 1 Delegierter) vorzunehmen. Der Kreisvorstand.

Dr.-N., Gruppen 1-6 u. Waldschlößchen.
Freitag, 8 Uhr, in den bekannten Lokalen: Gruppenversammlung mit anschließender Tagesordnung.

Bezirk Trachenberge. Freitag, 8 Uhr, im Bergschloss, Leipzig. Vorstandsvorstand, Mitgliederwahl.

Bezirk Pieschen. Freitag, 7 1/2 Uhr, in Richter's Restaurant: Vortrag des Genossen Edel über: Die politische Lage.

Bezirk Witten. Freitag, 7 1/2 Uhr, im Watzfeller: Sitzung. Vorstandsvorstand, Mitgliederwahl.

Bezirk Loschwitz. Freitag, 7 1/2 Uhr, im Posthaus: Wichtige Gruppenversammlung.

Gruppe Reichenberg. Freitag, 8 Uhr, in der Brauerei: Jahresversammlung und Neuwahlen.

Bezirk Ottendorf. Sonnabend, 8 Uhr, im Watzfeller: Jahresversammlung und Neuwahlen.

Dresden-Mittstadt

VEPD. 5. Unterbezirk

Vorsitzender: Otto Köhler. Kassierer: Max Weichelt. Schriftführer: Fritz W.

Freitag, 20. April, abds. 7 1/2 Uhr, im großen Saale des Volkshauses

Jahres-Generalsversammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Neuwahl der Kreisleitung, der Vertreter für den Bezirksvorstand und Zeitungs-Kommission.
3. Parteianträge.
Zutritt nur gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches oder der Karte. Der Vorstand.

Allgem. Deutscher Ortsauschuss ADGB Gewerkschaftsbund Dresden

Altenbergstr. 4, I. Telefon Nr. 17089

Deutscher Verkehrsband, Ortsverwaltung Dresden. Donnerstag den 20. April 1933, abds. 7 Uhr, im Volkshaus: Quartals-General- (Delegierten-) Versammlung. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Wahl eines Mittelschlichters für die Ortsverwaltung. 3. Wahl eines Anstellers. 4. Währungs- u. Lebensmittelanfragen.

Abteilung Transportarbeiter. Freitag den 7. April, abds. 7 Uhr, in den Kassenräumen (Kleinstr. 10), Friedrichsplatz: Branchenvorversammlung. Tagesordnung: 1. Wirtschaft und Lebensmittelanfragen. 2. Bericht über die Lohnverhandlungen. 3. Sonstige Angelegenheiten.

Deutscher Bauarbeiterbund, Bezirk Cotta. Montag den 23. April, abds. 7 Uhr, im Goldenen Anker, Klopffischerstr.: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage im Bauwesen. 2. Sonstige Organisationsfragen. Vollständige Erscheinung erwünscht.

Karten zum Besuch der Hygiene-Ausstellung am Spingertisch sind zum Preise von 20 M. an der Kasse des Ortsauschusses des A. D. G. B. zu haben.

ES IST DAS BESTE

wenn Sie alle Ihre Druckfachen bei uns herstellen lassen
Schnelle Erledigung - Gaudere und moderne Ausführung
Buchdruckerei Kaden & Comp., Dresden, Wettinerpl. 10

Wichtig für Betriebsräte!
Lebenshaltung u. Löhne
Von H. Stuczynski.
Preis brochiert 1800 M.
Zu beziehen durch die
Volkshandlung, Wettinerplatz 10
und deren Filialen.

Pa. Weizenmehl

Prd. 650 M. (104)
Schiermann
Grüner Straße 26.

Reichenberg

Schreibungen aus die
Dresdner Volkszeitung, auf sämtl.
Parteiliteratur und
sonstige Bücher sowie
sonstige die Volkszeitung nimmt entgegen
Herrn Aug. Fetsold, Reichenberg, Unterbk.

Billige Seefische

Unsere Dampfer hatten große Fänge, wie empfohlen:
Kabeljau ohne Kopf, in ganzen Stücken . . . 850
Watereibüdinge . . . 1/2 Pfd. 500
Seelachs, ohne Kopf in ganzen Stücken, 100 . . . 750
Gardinen, elegant mariniert, 1/2 Pfund 400
Hering in Öl, 1 Pfund 1600
Werdgasse 30
Telefon 19 200
Gärtiger Str. 1
Telefon 21 470
Wichtigste Bezugsquelle für Wirte und Wiederverkäufer.

Billige Kostümzüge

Kommen ab morgen, solange Vorrat reicht, zum Verkauf. (1327)

Serie I **Rock** zum Strapazieren, in braun, nette Wäsche 7900
Serie II **Rock** in blau, Wollebest, mit Spitzen, besonders elegant 8900
Serie III **Frauen-Rock** in Streifen, mit Zierle garniert 9400
Serie IV **Wolfe-Ralten-Rock** zeitlich, in hübschen Farben 13900
Serie V **Rock** in Plüsch, elegant, elegant Wäsche 19800

Ferner eleg. reinwoll. Hommarn-Cheviot-Röde in gelegten Falten, besonders billig, 24 500
Nur 1. Etage **Scheffelstraße 17** Nur 1. Etage
Rein Laden Rein Laden

Birnberg & Co.

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung u. Zeitschriften (ohne Annoncen) nimmt entgegen Herrm. Fischer, Kleische, Königsbrüder Straße 31.

Billige Kostümzüge

Kommen ab morgen, solange Vorrat reicht, zum Verkauf. (1327)

Serie I **Rock** zum Strapazieren, in braun, nette Wäsche 7900
Serie II **Rock** in blau, Wollebest, mit Spitzen, besonders elegant 8900
Serie III **Frauen-Rock** in Streifen, mit Zierle garniert 9400
Serie IV **Wolfe-Ralten-Rock** zeitlich, in hübschen Farben 13900
Serie V **Rock** in Plüsch, elegant, elegant Wäsche 19800

Ferner eleg. reinwoll. Hommarn-Cheviot-Röde in gelegten Falten, besonders billig, 24 500
Nur 1. Etage **Scheffelstraße 17** Nur 1. Etage
Rein Laden Rein Laden

Birnberg & Co.

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung u. Zeitschriften (ohne Annoncen) nimmt entgegen Herrm. Fischer, Kleische, Königsbrüder Straße 31.

Ab Donnerstag

Sensationell! Spannend!

Der indische Todesring

oder

Sieben Worte

6 Akte

äußerst spannender Detektiv-Sensationsfilm mit

Max Ruhbeck und Mabel May Young

Wochentage ab 4 Uhr
Sonntage ab 2 1/2 Uhr

KAMMER LICHTSPIELE WILSDRUFER STRASSE 20

Heinrich Wpels Marionettentheater
Dresden-N., Mianplatz.
Freitag den 20. bis mit Donnerstag den 21. April, abds. 8 Uhr:
Der deutsche Schneider in Italien
oder: **Ein Tag im Monat**
Nachtspiel: **Theater im mond.**
Eine Treibjagd im Hochgebirge. Sonntag (2 u. 4 Uhr) und
Wolfsraub (25.4.1933) Familienvorf.:

SARRASANI
Tgl. 7.15 Uhr. Sonntag auch 3 Uhr. Vorverkauf:
Residenz-Kaufhaus - Neue Circus-Sensationen.
Die weltberühmte Weltmanntruppe u. 4 Turnen.
Das neue Schauspiel:
Fridericus
Nach Holleis Volkstück Lesens, die Grabesbraut,
bearbeitet von Adolf Steinmann. 6 große Bilder.
Neue Ausstattung. (1000)

REGINA-PALAST
Waisenhausstrasse 22

Jeden Abend 8 1/2 Uhr
Das Elite-April-Programm
mit
5 Hollandmädel
Grete Brill
Ine u. Joe Matschek
und die weiteren erstklass. Attraktionen

Nachmittags
5-Uhr-Tee mit Kabarell

Vornehmes Restaurant
Küche und Keller von Ruf
Tischbestellungen No. 22943 (1288)

Markenfreie Brennstoffe in vollwertigen besten Sorten
u. auch **Böhm. Braunkohle**
empfehlen zu billigsten Tagespreisen
E. M. von Rohrscheidt
G. m. b. H.
Kohlentbahnhof Fernspr. 2531

Hygienische Frauenartikel
Gummisachen, Spülapparate, Menstruierhilfen, Leibbinden, Hüftbänder, Brusthalter
Rich. Preisleben
Postplatz
Filiale: Wallstr. 4
I. Spezialgesch. Frauenbed.
Das heilige Feuer von Jürgen Brand.
Volkshandlung

Modistinnen und geübte Phantastie- Arbeiterinnen
werden für sofort und später auf große Posten im Hause gesucht.
Pazig & Unger
Grüne Straße 10. (1331)

Liederabend Staegemann-Busch
Donnerstag den 19. April, 8 Uhr, Gewerbehau
Karten im Heimatschutz, Schiesgasse 24. (1312)

Ball-Anzeiger
für Donnerstag den 19. April:
Constantia Straßenbahn-Platz 19 und 20
Heute Reunion.
Drei-Kaiser-Hof Straßenbahn 7. 20. 22
Elysium, Räcknitz Constatia Linie 6
im. I. u. II. (Bergr.).
Hollacks Etablissement. Künsterkapelle.
Palmengarten Nähe
Königsbrück-Str. 10
Pirnaischer
Platz

Gustav Gebner
Inh.: Charlotte Gebner.
Lederwaren-Spezialgeschäft
Viktoriastraße 18.

la la Gummiplatte u. Sohlen
Lösung
I. T. S. amer./kanadische u. Vollgummi-Abätze
sehr vorzuziehen und preiswert, dauerhafte
und beste Qualität
Ludwig Kraemer
General-Depot Stoeckert
Tharandter Straße 55. (1225)

Spül-Apparate
familiäre Brauseartikel
Kostet nur im
Verandhaus „Dietrich“
Freiberger Platz 8
(Schubler Brausefabrik.)
Besitz verarbeit.

Spülapparate
Spülkannen, Schilische, Unterlagen,
Leibbinden, Vorfalbinden, Ersatzteile
Frau Heusinger I. Geschft: Am See 37.
2. Geschft: Jüdenhof 2, nächst Neu-u. Altmarkt

H. u. D. Räder
neu und gebraucht, bis
1000 M. verkaufen
Königsbrüder Str. 39.
Durch die Draht-
verhänge des Lebens
G. Reines.
Volkshandlung.

Gustav Gebner
Inh.: Charlotte Gebner.
Lederwaren-Spezialgeschäft
Viktoriastraße 18.

la la Gummiplatte u. Sohlen
Lösung
I. T. S. amer./kanadische u. Vollgummi-Abätze
sehr vorzuziehen und preiswert, dauerhafte
und beste Qualität
Ludwig Kraemer
General-Depot Stoeckert
Tharandter Straße 55. (1225)

Spül-Apparate
familiäre Brauseartikel
Kostet nur im
Verandhaus „Dietrich“
Freiberger Platz 8
(Schubler Brausefabrik.)
Besitz verarbeit.

Spülapparate
Spülkannen, Schilische, Unterlagen,
Leibbinden, Vorfalbinden, Ersatzteile
Frau Heusinger I. Geschft: Am See 37.
2. Geschft: Jüdenhof 2, nächst Neu-u. Altmarkt

Spül-Apparate
familiäre Brauseartikel
Kostet nur im
Verandhaus „Dietrich“
Freiberger Platz 8
(Schubler Brausefabrik.)
Besitz verarbeit.

Spülapparate
Spülkannen, Schilische, Unterlagen,
Leibbinden, Vorfalbinden, Ersatzteile
Frau Heusinger I. Geschft: Am See 37.
2. Geschft: Jüdenhof 2, nächst Neu-u. Altmarkt

Ich hab's erprobt,
ich bleib' dabei.
Das beste Material
für jeden Schuh
ob herb ob fein
das ist und bleibt
Erdal

Marke Roffrosch - Schuhpassa
Werner & Martz A.-G. Mainz

Die Ruhrdebatte im Reichstag

885. Sitzung. Dienstag den 17. April, nachm. 2 Uhr.
In Anwesenheit des Reichskanzlers Dr. Cuno, des Außenministers Dr. Brüning und des Wirtschaftsministers Dr. Brüning wird die Aussprache über die gestrige Rede des Außenministers fortgesetzt.

Abg. Dr. Gothein (Dem.): Wir fühlen die Verpflichtung, die Leiden der Ruhrbevölkerung sobald wie möglich zu beenden. Deutschland hat die Bereitschaft zu Verhandlungen oft genug gezeigt. Der Außenminister hat die konkrete Grundlage dadurch geschaffen, daß er das letzte Bergmann-Angebot als solche Grundlage ausdrücklich aufrechterhalten hat. Ehe wir aber am Verhandlungstisch sitzen, würde die Forderung einer bestimmten Summe gar keinen Zweck haben. Frankreich würde das Angebot, wenn auch in ungetrübtem Sinne, so behandeln, wie jener Händler, der meinte: „Zwölf sagt er, zehn meint er, acht will er haben, sechs will ich geben, also biete ich vier!“ (Heiterkeit.) Wir hätten schon viel mehr an Reparationen leisten können, wenn Frankreich nicht alle unsere Angebote abgelehnt und durch seine Sanktionspolitik unsere Leistungsfähigkeit geschwächt hätte. Eine Abschätzung unserer Leistungsfähigkeit müssen die internationalen Finanzkreise vornehmen. Der Wert des gestrigen Angebotes der Regierung für Verhandlungen kann durch bestimmte Vorarbeiten nur abgeschwächt werden. Für die Fundierung der Reparationsanleihe kann der Grundbesitz allein nicht herangezogen werden. Wir lehnen den Gedanken jedes bewaffneten Widerstandes ab und wollen die Fortsetzung des passiven Widerstandes. Wenn in Bayern gewisse Kreise sagen, die Heinde seien nicht die Franzosen, sondern die Juden und die Sozialdemokraten, so sind das Vaterlandsverräter. (Beifall links.) Wir wollen als ein einziges Volk den Kampf um Deutschlands Freiheit führen. (Beifall in der Mitte.)

Abg. Dr. Stresemann (D. Vp.): Mit den gestrigen Ausführungen des Außenministers sind wir im wesentlichen einverstanden. Aktive Politik bedeutet, gegenüber jeder internationalen Situation gerüstet zu sein, um für Deutschland handelnd einzutreten zu können. In unserer internationalen Situation heißt handeln, daß wir

den Weg freimachen müssen zu internationalen Abmachungen über die Reparationen, um damit das Ruhrgebiet und das Rheinland freizumachen. Wir sehen, daß der Außenminister gestern die im Januar begonnene aktive Politik in glänzender Weise fortgeführt hat. Ich sehe das Entscheidende darin, daß diese Politik eine geeignete Grundlage abgibt für internationale Abmachungen, falls die Entente und besonders Frankreich eine Verständigung wollen. Die Ruhrinvasion unterbrach jede weitere Diskussion, wobei allerdings die Frage gelöst werden muß, ob man nicht in amtlichen Versuchen auf die damalige Bereitwilligkeit der deutschen Regierung hätte hinwirken können. (Sehr wahr!) Eine endgültige Leistung kann heute nicht sicher und möglich abgeschlossen werden, wohl aber kann man die in dem Pariser Angebot genannte konstante Summe zugrunde legen, zu deren Verzinsung sich Deutschland bereit erklärt hatte, und die in Frage kommenden Rückzahlungen durch ein internationales Sachverständigen-Konkordat nachprüfen lassen, wie das auch Konar Low auf der Pariser Konferenz empfahl. Beachtlich erschienen die Ausführungen des Abg. Müller, wir können nicht den Gesamtkomplex der Fragen abhängig machen von internationalen Abschätzungen, die sich monatelang, womöglich jahrelang hingehen können. Wir können nicht verlangen, daß im Ruhrgebiet ein passiver Widerstand geübt wird, der wartet, bis internationale Sachverständige zu einem Ergebnis gekommen sind. (Sehr richtig!) Der Frieden wird für Frankreich immer teurer. Selbst Konar Low hat auf der Pariser Konferenz ausgesprochen, daß der Ausgangspunkt nicht sein kann, was die Alliierten brauchen, sondern das, was Deutschland leisten kann. Ohne die Wiederherstellung des deutschen Kredit sei eine internationale Anleihe zur Erlangung frühzeitiger Zahlungen unmöglich. Voraussetzung für Verhandlungen ist die Freiheit aller derjenigen Deutschen, die von Frankreich ihrer Freiheit beraubt worden sind. Die Massenauflösungen legen den Verdacht nahe, daß Frankreich Annektionen will. Will man Reparationen, dann Verständigung, will man das Rheinland, dann gibt es keine Verständigung. Unsere Aufgabe ist, wie auch der Abg. Herz betont hat, den Staat zu verteidigen, wie er ist, und durch nationale Befestigung und Zusammenfassung aller Kräfte den Staat zu retten für unsere Nachkommen, die uns dankbarer sein werden als manche Kritiker der Gegenwart, die an ihm lediglich negative Kritik üben. (Beifall.)

Abg. Reich (Vater. Vp.): Die vom Abg. Müller verlangte gesteigerte Aktivität der Regierung ist auch unser Wunsch, wenn sie so verstanden wird, daß wir als Subjekte bei den Verhandlungen teilnehmen werden, nicht als Beistehende bei einem Diktat. Der Fortsetzung eines neuen Angebotes können wir aber nach den bisher gemachten Erfahrungen nicht zustimmen. So bleibt uns nur übrig, den passiven Widerstand mit ungeschwächter Kraft fortzusetzen, unbeteiligt durch zufällige Störungen von rechts oder links abzuwarten, mögen sie auch aus München kommen. (Lärm, Lachen.) — das sage ich als Vater

— wir lehnen sie in bestimmtester Form und ganz entschieden ab. (Beifall.)

Abg. Stöcker (Komm.): Eine kapitalistische Regierung kann weder den Ruhrkonflikt noch die Reparationsfrage lösen, das kann nur die Arbeiterklasse tun. An Rhein und Ruhr kämpft die Arbeiterklasse einig mit echter Entschiedenheit gegen den französischen Militarismus. Wenn das Revolverblatt des Abgeordneten Sollmann behauptet, kommunistische Führer hätten mit französischen Generalen verhandelt, so ist das eine elende schmutzige Verleumdung. (Beifall bei den Kommunisten.) Die Arbeiter an der Ruhr führen ihren Kampf gegen den französischen Militarismus als Klassenkampf mit derselben Stärke wie gegen den deutschen Kapitalismus. Der Abwehrkampf wird aber geschwächt durch

die Korruption der besitzenden Kreise, die sich auch bei der Verwendung der Rhein- und Ruhrhilfe breitmacht. Die Stadtverwaltung von Krefeld verwendete die von der Ruhrhilfe zur Verteilung an die Bevölkerung kostenlos gelieferten Kartoffeln, um durch ihren Verkauf das städtische Defizit auszugleichen. Wir verlangen parlamentarische Kontrolle bei Verteilung der Ruhrhilfe. Einzelne Unternehmen fordern ihre Arbeiter offen auf, Kohlen an die Franzosen zu liefern. Dieser Vaterlandsverrat fälschte nur an dem Widerstand der Arbeiter. Auf den Kohlenhöfen häufen sich die Kohlen. Sie werden von den Franzosen beschlagnahmt, weil die Regierung Cuno die Forderung einer verbilligteren Abgabe dieser Kohlen ablehnte. Die Arbeiterklasse sollte jetzt im Ruhrgebiet den Kampf um den Frieden durchzuführen.

Wir verlangen nicht nur die Fortsetzung, sondern die Verstärkung des Abwehrkampfes an der Ruhr.

Wenn, wie es nach der Rede Stresemanns heißt, die Franzosen und die deutschen Kapitalisten sich auf Kosten der deutschen Arbeiter verständigen wollen, dann werden die deutsche und die französische Arbeiterklasse ihnen die gebührende Antwort erteilen. (Beifall bei den Kommunisten.)

Abg. Wiers (D. Vp.): Ich schreie mich sehr gegen die rheinischen Separatisten. Der französische Gewalt muß die Macht des Reichsgedankens entgegengehalten werden.

Abg. v. Graefe (D. Vp.): Die Wiederholung von Angeboten sei ganz zwecklos angesichts des Vernichtungswillens Frankreichs. Zu begründen seien die kräftigen Worte, mit denen Minister Seegering in Münster die Leute zurückschickte, die nach Verhandlungen fliessen. Das sei doch eine herbe Kritik der gestrigen Rede des sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Müller. Wenn der Außenminister als deutsche Anleihe die internationalen Finanzkapazitäten bezeichnet, so werde das eitel Freude bei den über die ganze Welt zerstreuten wenigen Finanzmännern erregen, die, nach Rathenau, die Welt beherrschen. Das wäre das Fiasko der Staatsmänner. Was tut die Regierung gegen die unerhörten Störungen der Arbeitseinsicht durch die Regierungen von Brüssel, Sachse und Thüringen? (Lärm links: Und Pauer?) Die auswärtige Politik fordert, daß die Reichsregierung gegen Seegering und seine Kollegen in den übrigen Ländern vorgeht.

Weiterberatung Mittwoch 2 Uhr. Erster Redner ist Dr. Brüning (Soz.). — Schluß 7 Uhr.

Sachsen

Kommunistischer Unfug

Aus Chemnitz wird berichtet, daß am Sonntag das 20. Stützpunkt des Vereins christlicher junger Männer durch Krupps kommunistischer Jugend gestört wurde. Als sich der Festzug nach dem Vereinshaus in Bewegung setzte, verhielten die Kommunisten, die Marschierenden zu verfolgen. Proletarische Sündenböden marschierten an, und gleichzeitig erdient ein Aufgebot von Schulkleuten. Es fanden dann zwischen der Polizei und den Kommunisten Verhandlungen statt, in denen die Kommunisten forderten, daß eine Abordnung von ihnen zu der beschlossenen Vereinsveranstaltung im Vereinshaus Zutritt erhalten müsse. Diesem Ansuchen wurde von dem Verein christlicher junger Männer entsprochen und die Veranstaltung verlief dann ohne Störung.

Diese lächerlichen und kindischen militärischen Spielereien der Kommunisten bilden eine nicht zu unterschätzende Gefahr für das Zusammenarbeiten der beiden proletarischen Parteien. Die Kommunisten sollten sich für darüber freuen, daß sie durch einen derartigen Unfug nur der bürgerlichen Reaktion dienen.

Es erscheint unbedingt notwendig, daß die maßgebenden Instanzen beider Parteien sich über die Zweck- und Zweckmäßigkeit der Abwehrorganisationen miteinander verständigen.

Winn* geätzt worden. Während des ersten Streiks warf Tiet sich eine Viertelstunde auf die Bank, beim nächsten Sturm und dann der Junge. Das war der ganze Schluß, den sie bekommen. Gegen Morgen wurde der Gang schlechter. Sie mußten die Kurve eine Stunde über Bord lassen, sonst lohnte sich das Schwimmen nicht mehr. Und gegen Mittag fingen sie so langsam, daß sie nur noch alle zwei Stunden das Netz einzuziehen brauchten.

Am Morgen des folgenden Tages hatten sie die Reise. Aber Tiet gönnte sich auch jetzt noch nicht viel Schlaf; während der Fahrt die Elbe hinauf stand er selbst am Steuer; denn der Junge kannte das Fahrwasser und die Lichter noch nicht, und Garm fiel ihm vor Müdigkeit.

Auch nach dieser Reise wollte Tiet nicht an Land bleiben. Und wochenlang küßten Garm und Tiet zwischen See und Fischmarkt hin und her. Bis sie endlich der Sturm aus dem Kurs schob.

Es war Sonnabend. Da setzte plötzlich ein heifer Nordwestwind ein. Allmählich drehte er nach Nordnordwest und wurde böig und brachle Hagel, Regen- und Schneeflagen mit. Immer stärker böferte er gegen den Steen des Ankers. Da hatte selbst Tiet keine Lust mehr, dagegen anzuknuden. Er drehte bei, und Garm ließ im Neßloch den Anker fallen.

Endlich einen Sonntag wieder! Den wollte er aber auch ordentlich wahrnehmen. Greta lockte über's ganze Gesicht, als sie Garm kommen sah. Endlich würde sie Tiet wiedersehen! Was sie ihm wohl getan hatte, daß er so landfremd wurde? Aber heute sollte alles wieder in so Gleichgewicht kommen! Das fühlte sie.

Gleich nach dem Abendessen ging sie noch dem Fischhof. Um Elbe zu besuchen, sagte sie zu ihrer Mutter. „Besuch deine Elbe man“, lächelte Greta. Da erröte Greta und sagte: — Tiet war schon ausgeflogen, als Greta kam. „Wohin ist er gegangen?“ fragte sie bestürzt. Elbe wußte es nicht. Wahrscheinlich zur Musik, meinte sie. Da wandte Greta, Elbe möge sie doch begleiten, sie möchte auch zur Langmuff.

Erst trauerte Elbe sich. Langmuff sei ihr zu gewöhnlich, sagte sie; denn sie fuhr jetzt als Kontoristin jeden Tag in die Stadt und hatte dort gehört, daß Musik etwas Untergeordnetes sei.

Erst trauerte Elbe sich. Langmuff sei ihr zu gewöhnlich, sagte sie; denn sie fuhr jetzt als Kontoristin jeden Tag in die Stadt und hatte dort gehört, daß Musik etwas Untergeordnetes sei.

Dem Landtage ist von der Regierung ein Gesetzentwurf über eine weitere Änderung des allgemeinen Vergesetzes gegangen.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Frankenberg wurden 18 Sozialdemokraten, 2 Kommunisten, 4 Demokraten, 7 Kandidaten der ersten Wirtschaftsliste, 4 Kandidaten der zweiten Wirtschaftsliste gewählt.

Zu Ausschreitungen Erwerbsloser kam es am Sonnabend in Kamenz. Die auf der Polizeiwache anwesenden Beamten der Schutzmannschaft, an ihrer Spitze Polizeikommissar Zieger, traten den Eindringenden entgegen und drängten sie zurück. Leider haben diese Vorgänge eine bedauerliche Folge gehabt. Wenige Stunden später, nachts 1 Uhr, ist Polizeikommissar Zieger in seiner Wohnung unerwartet gestorben. In welchem Zusammenhang der plötzliche Tod des Polizeikommissars mit den Unruhen steht, wird die eingehende Untersuchung ergeben. Es sind 9 an dem Tumulte beteiligte Personen dem Amtsgericht zugeführt worden.

Wisdau, 17. April. In dem benachbarten Seebemitz fand gestern abend im Gasthaus Zur Linde eine Versammlung statt, in der ein Redner aus dem Ruhrgebiet über die Lage im Ruhrgebiet sprach. Die Versammlung, die von Kommunisten hart besucht war, wurde schließlich derart gestört, daß sie geschlossen werden mußte. Nach Schluß der Versammlung wurden verschiedene Teilnehmer nach Walfen durchsucht und verprügelt. Der deutsche nationale Landtagsabgeordnete Kausa wurde so schwer mißhandelt, daß er in eine nahegelegene Klinik gebracht werden mußte. (W. L. B.)

Der Allgemeine sächsische Arbeiterbund hält Sonntag den 22. April, vormittags 10 Uhr, im Dresdner Volkshaus, Zimmer 8, Ribbenbergstraße 2, einen Kreisabend für den Kreis Dresden ab. Herr Regierungsbaurat Stegemann wird einen Vortrag über Sparbauweisen und Selbsthilfe halten.

Der wirtschaftliche Ausschuß der Deutschen Demokratischen Partei in Sachsen veranstaltet Sonntag den 22. d. M. im Sitzungssaal des Landtages zu Dresden eine Sitzung, in der zur Frage des Volksbühnenwesens wegen Durchführung des Reichsbeschleunigungsgesetzes Stellung genommen werden soll. Alle Siedlerorganisationen haben im beschränkten Maße Zutritt, wenn sie rechtzeitig Karten in der Geschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei in Weissen, Burgstraße 5, Telefon 730, anfordern.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Plauen hat die Beteiligung an der Ruhrspende mit 6 sozialdemokratischen gegen 4 bürgerliche Stimmen und die des Amtshauptmannschaft abgelehnt. Auf Vorschlag der Amtshauptmannschaft sollen 100 000 M. als Ruhrspende zur Verfügung gestellt werden.

Zu Studienwerken sind drei Mitglieder des Vertriebsrates der Bauhner Waggon- und Maschinenfabrik A.-G., normalsp. Wulst, in das Ruhrgebiet abgereist. Die Kosten hat die Waggonfabrik zur Verfügung gestellt.

Die Leipziger Frühjahrsmesse 1923 war mit rund 160 000 geschäftlichen Besuchern die bisher am häufigsten besuchte Messe der Welt. Demgemäß war auch der Absatz sehr zu und von der Messe ein so gewaltiger, wie ihn noch nie eine wirtschaftliche Veranstaltung aufweisen konnte. Auch durch die schon bestehenden fahrplanmäßigen Züge, die durch die Wiedereröffnung von 205 zeitweise ausgefallenen Zügen aus Anlaß der Messe verfrachtet wurden, waren zur Bewältigung des Bahnerverkehrs noch insgesamt 303 Sonderzüge notwendig.

Ein Opfer der Arbeit wurde der in einer Maschinenfabrik in Leipzig-Bismarck beschäftigte Schlichter Heinrich Vogler aus Leipzig. Er bediente im Maschinenraum die Zentriertische, eine Maschine, die durch ihre sehr schnelle Umdrehung den gewöhnlichen Teilen des Wasser entzieht, als plötzlich die im Gang befindliche eiserne Trommel geriet. Ein großer Stück traf den auf der Maschine stehenden Vogler und schlugerte ihn acht Meter weit fort. Er kam unter einem mit siedendem Wasser gefüllten Kessel zu liegen, der platzte, so daß der Unglückliche noch schwer verbrüht wurde. Im Krankenhaus ist B. nach schweren Qualen gestorben.

Lebendig verbrannt. Bei einer in Reinsdorf bei Wisdau wohnhaften 74 Jahre alten Frau geriet ein in der Nähe des Ofens liegender Sack Heu in Brand. Bei den Löscharbeiten fingen auch die Kleider der alten Frau Feuer. Ehe auf ihre Hilfe rasch herbeikam, erlitt sie so schwere Brandwunden, daß sie alsbald verstarb.

Für den Elster-Saale-Kanal will Leipzig zu den Kosten des Baues, der mit 300 Millionen Goldmark = 2 Milliarden Papiermark, veranschlagt ist, 8,64 Millionen Goldmark = 43 Millionen Papiermark, beitragen. Von Staatsseite wurde die Unmöglichkeit der Verwirklichung der Summe betont. Man müsse vielmehr die Aufmerksamkeit auf näherliegende Dinge, wie die Erleichterung der Braunkohlenlager, lenken.

Zuletzt aber gab sie doch nach. Aber auch auf dem Saal ließ sie kein Ziet leben. Garm tangte ein paarmal mit seiner Schwöster und seiner Balle; sonst sah sie einkam an der Seite. Denn auch Garm hatte Wichtigeres zu tun, als Pflichttänze zu erledigen. War Anke doch da!

Zwei Stunden langweilten Greta und Elise sich herum; dann verließen sie den Saal.

Sie hatten Ziet nicht gesehen, wohl aber Tiet sie. Schon als sie gekommen waren, hatte er unten an der Bildung des Außendeiches, — gerade vor der Tür des Langjales, aber tief im Dunkel gelegen und jeden, der kam und ging, beobachtet. Aber niemand hatte ihn bemerkt.

Jetzt traten Greta und seine Schwester auf den Deich. Tiet sah es wohl: Greta machte ein Gesicht wie ein Fische, der nichts gefangen hat. Da suchte eine grimmige Freude durch seine Brust. Daß sie sich nur quälten. Bin ich's doch nicht allein! Und was die sich wohl gedacht hat! Um ihres Gelbes willen sie freien? Ja? Nein, nie und nimmermehr! murmelte er ingrimig.

Elise und Greta verschwanden im Dunkel.

Tiet hatte das Gefühl, als habe er eben auf immer mit Greta gebrochen. „Oh, schwärz dich selbst, da hab ich Walfen eingefahren. Und die andern haben in der Zeit Weigen geerntet.“

Lang noch mußte er hier auf dem Felsstück liegen und warten.

Mädchen trippelten an ihm vorüber, kicherten, lachten und schwätzten; Junggäbste probierten und grölten den Deich entlang. Männer kumpften mit schweren Schritten vorbei. Verliebte küßten einander. Ein Paar trat aus dem Saal; sie weinte und klagte, er ging steif neben ihr und sprach kein Wort. „Sieh“, dachte Tiet, „Greta und ich.“

Dann wurde es eine Zeitlang still.

Tiet konnte einen kurzen Blick in sein Inneres werfen. Und heiße Adam stieg ihm in die Wangen. „Nicht denken!“, hörte er seinen Vater sprechen. Da lag er jetzt wie ein Feigling im Fels, hatte Furcht vor den Augen der Mädchen und schlich im Dunkeln umher wie ein Dieb. „Nein, ich steh auf und frag sie. Offen. Willst du mich?“ Aber seine Klugheit — oh, diese leidige Klugheit — flüsterete: „Wart erst mal. Sieh, wie es steht. Warte ab.“ Und er wartete und schämte sich. „Daran ist nur Greta schuld.“ Stieh er dann wieder, während herab. Und er sah einen Sack neben sie; so ungerührt mochte ihn die Eifersucht. (Fortsetzung folgt.)

Der Mann im Sturm

Ein Roman von der Niederelbe von Hinrich Wriede

Am nächsten Tage stachen Tiet und Garm in See. Sie fingen gut. Und schon fünf Tage später schwebte der Adler, S. F. 127 vor der Brücke des Altonaer Fischmarktes. Tiet verteilte den Mutter neben Paul Borgulens Erver.

„Run, gut gefangen? Winn voll? Oder seid ihr Feelsfischer? Schietreife gemacht?“ rief Paul ihnen entgegen. Er mochte gern sprechen.

„Nicht genug,“ antwortete Garm und senkte den Kopf fender zwischen Erver und Mutter.

„Ja, ja, das glaub ich,“ und Paul blinzelte mit den Augen, schenkte mit der Hand seinen schwarzen frauen Vorkart. „Ja, ja, du! Das glaube ich, du machst deinen besten Streef ja auch an Land. So eine kleine Karawische! Das glaub ich. Die halt man fest.“

Garm lockte geschmeichelt und zog den Fender auf und ab.

Da schalt Tiet aber plötzlich dazwischen. „Mütterkrum, den du machst,“ rief er wütend, „hier, sah die Segel mit an!“

„Da, ha,“ lockte Paul. „gib ihm man nicht gleich den Wind vor vorn!“

„Kümmere dich um deine Sachen,“ fuhr Tiet ihn da an, „und halt uns nicht in Schack auf.“ Er hatte den Großhakenlos aus und warf ihn frohend auf Deck.

Garm aber konnte nicht begreifen, womit er Tiet eben vor den Kopf gefloßen hatte.

10.

Kaum hatten Tiet und Garm die Reise verkauft, da drang Tiet darauf, daß sie sogleich wieder fuhren. Garm brummte, fügte sich jedoch.

Und am nächsten Abend schon fiel der Sturkbaum mit Rurre und Steert wieder über Bord.

Nur eine Viertelstunde brauchten sie zu furren, riefen andre Fischer ihnen zu, dann löste das Netz bis oben voll von Schollen. Da gab es Arbeit und Unruhe. Denn in der kurzen Zeit mußten die Schollen auseinander gesucht und in den

Rechte sich langsam. Habt mit schwachem Fangergebnis.

Braub.
Jungen-
minister

Gebering

Spricht Sonntag, 22. April
vormittags 9 1/2 Uhr im

Zirkus Garraffani

Dresdner Chronik

Der letzte „Ober“

Im Gemeindevorstand des preussischen Landtages wurde die amtliche Bezeichnung „Oberbürgermeister“ beseitigt. Es soll fortan nur noch „Bürgermeister“ geben.

Ich, die Welt wird immer trister
Und das Leben bald und leer —
Denn es gibt genug Minister,
Doch bald keinen Ober mehr.

Aus dem braven Oberlehrer,
Der uns so viel Gutes tat,
Aus dem großen Wissenslehrer
Macht man einen Studienrat.

Und weiß diese Tat gelungen,
Wird vom schönen Parlament
Noch ein anderer umgebracht,
Der sich jetzt noch Ober nennt.

Ja, sie werden immer dreister,
Denn — wie ich's gelesen hab' —
Selbst dem Oberbürgermeister
Schneiden sie das „Ober“ ab.

Kinder, Kinder, was soll werden!
Gott, ach Gott, ist das 'ne Zeit!
Gibt's doch bald auf dieser Erden
Raum noch eine Ob'rigkeit!

Wie sich andre schon empfehlen,
Seh' ich, weil's mir nicht gefällt,
Und ich rufe: „Ober“, jähle!
Ich zieh' in die Unterwelt!

Jeremia 3.

Konsumvereine „verkaufen“ nicht

Ein Urteil des Kammergerichts in Berlin spricht davon, daß bei der Verteilung von Bedürfnisgütern unter die Konsumvereinsmitglieder von einem „Verkaufen“ nicht gesprochen werden könne. Die Mitglieder „entzünden“ vielmehr die Bedürfnisgegenstände aus den gemeinschaftlichen Vorräten, an denen ihnen ein Anteilgenuss zusteht. Aus diesem Erkenntnis des Kammergerichts spricht eine Beurteilung, die dem Wesen der Konsumgenossenschaften durchaus gerecht wird. Es ist daher erfreulich, daß sich auch die unteren Instanzen dem vom Kammergericht eingenommenen Standpunkt immer mehr anschließen.

Auch der Paragraf des preussischen Brauereigesetzes hat bei der Berücksichtigung eines neuen Gewerbegesetzes das Wesen der Genossenschaft richtig erkannt und gewahrt. Das Gesetz enthält die Bestimmung, daß ein Gewerbe im Sinne des Gesetzes nicht vorliegt bei denjenigen Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb sich auf den Mitgliederkreis beschränkt. Wenn also Genossenschaften nur mit Mitgliedern verkehren, haben sie überhaupt keine Gewerbebesteuerung zu entrichten.

Das hatte er nicht erwartet!

Wegen Nichtbefolgung der vielen Forderungen so verhassten Ministerverordnung über das Anbringen von Preisbeschildern an den Waren in den Schaufenstern erhielt der Produktengeschäftsinhaber Paul Otto Schreyer, Reichelder Straße, einen Strafbescheid über 2400 M. zugestellt. Gegen diesen erhob er Einspruch. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht führte ein Aufsichtsbekannter als Zeuge aus, daß er Schreyer schon mindestens einmal erinnert habe, die Preisbeschilder anzubringen. Es sei aber alles umsonst gewesen und schließlich mußte Anzeige erstattet werden. Das Gericht erließ wegen der Hartnäckigkeit des Angeklagten die Strafe auf 10 000 M. Daß der Beurteilte nicht, so hat er für je 150 M. einen Tag Gefängnis abzuhängen.

Schleberßen

Wegen Vergehens gegen das Preistreibergesetz und wegen unerlaubten Großhandels mit Lebensmitteln hatte der 60jährige Tischlermeister und Möbelhändler Otto Christian Ritter in Dresden-Plauen einen Strafbescheid über 11 000 M. erhalten, wogegen er Einspruch erhob. Nach der Anklage kaufte Ritter eines Tages 225 Tafeln Schokolade für 180 M. das Stück und verkaufte sie am selben Tage an einen Großhändler mit 200 M. für das Stück weiter. Weiter kaufte er Spiritus und Rum und verkaufte die Spiritusflaschen weiter, wodurch er Bestimmungen der Gewerbeordnung verletzte. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht bestritt er, die Sachen verkauft zu haben, das habe ein gewisser Illerich besorgt. Er möchte aber zugeben, daß er am Verdienste mit der Hälfte beteiligt war. Das Schöffengericht erhöhte die Gesamtstrafe auf 21 000 M., außerdem kommen noch ein Nebenverdienst von 11 250 M. und zwei Wochen Rum zur Eingehung.

Unter hypnotischem Einfluß?

Ein seltsamer Diebstahlsfall wurde vor dem Schöffengericht verhandelt. In einem Wägen-Institut in der Prager Straße in Dresden waren am 8. Februar d. J. durch Diebe die dort aufgestellten Wägenrahmen zertrümmert und die darin befindlichen Wägenrahmen, die die Diebe für Platin gehalten hatten, gestohlen worden. Der Verdacht lenkte sich auf die im genannten Institut angestellte Assistentin Paula Helene Boden aus Radebeul und ihren Geliebten, den 27jährigen in Militär-Uniformen wohnhaften Bahnwärter, jetzigen Handlungsgehilfen Johannes Alfred Liebel, sowie auf dessen Freund, den 24jährigen Bäcker und Konditor Artur Otto Hilmann. Vollständige Ermittlungen bestätigten den Verdacht. Die Anklage behauptet die Genannten des gemeinschaftlichen Diebstahls, die Boden außerdem noch der Unterschlagung von 50 tschechischen Kronen, Diebstahl und Hilmann der Unterschlagung von 200 tschechischen Kronen, Diebstahl und Hilmann der Unterschlagung von 200 tschechischen Kronen durch Zertrümmerung der Wägenrahmen bezichtigt. Die Boden behauptet, die Wägenrahmen nicht gestohlen zu haben, sondern sie für Platin gehalten zu haben, was nicht erwiesen ist. Die Boden schilderte in der Verhandlung, wie sie die Wägenrahmen Diebstahl und dessen Freundes gemacht und schließlich bößlich unter deren Einfluß gehalten habe. Nach ihrer Annahme müsse der Einfluß hypnotisch gewesen sein. Die Geliebter und dessen Freund hätten sich hypnotische Versuche mit ihr vorgenommen. Hilmann bestritt, die Boden hypnotisiert zu haben, davon verleihe er gar nichts. Liebel gab an, daß er mit Hilmann oft im Wägenwagen aus Spaß junge Damen fixiert und hypnotische Versuche angestellt habe. Generaloberarzt Dr. Penzke führte als Sachverständiger aus, daß eine strafbare, verbrecherische Hypnose nicht vorzuliegen habe. Die Boden war aber allerdings ein willensloses Objekt in den Händen der beiden Männer, ihre Stimme der Boden des 81. des StrafG. zugute, sie sei nicht verantwortlich zu machen. Hilmanns Zurechnungsfähigkeit sei nicht berührt. Liebel habe als Sohn eines Bahnführers eine unruhige Jugend verleben, er sei Phantast und vermindert zurechnungsfähig. Hilmann und Liebel wurden daraufhin wegen gemeinschaftlichen Diebstahls, Diebstahl und Unterschlagung von 50 tschechischen Kronen, Hilmann zu acht Monaten Gefängnis und einer Woche Haft, Liebel zu fünf Monaten Gefängnis und drei Tagen Haft; die Boden wurde freigesprochen.

Stadtkonsumvereinsfraktion. Morgen Donnerstag, nachm. 4 Uhr, Sitzung. Auf den zeitigen Beginn wird besonders aufmerksam gemacht.

Notgeld außer Kurs. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß die von der Stadt Dresden ausgegebenen Notgeldscheine (Guldscheine) über 500 M., die bereits mit dem 8. April d. J. ihre Gültigkeit verloren haben, nur noch bis zum 8. Mai dieses Jahres von den hiesigen Bankenstellen in Zahlung genommen und eingelöst werden.

(N.) Bundesversorgung. Der von der Bundesversorgungskommission in Berlin für den Monat April festgesetzte Bundesbescheid wird mit je ein Pfund auf die Abchnitte L und M der Bundeskarte ausgegeben. Der Bundesbescheid für den April ist der gleiche wie für den März. Es werden sich deshalb auch die Kleinverkaufspreise auf der bisherigen Höhe halten.

Der Konsumverein Vorwärts Dresden erzielte in den ersten neun Monaten seines laufenden Geschäftsjahres einen Gesamtumsatz von 11 Millionen Mark. Die Gesamtsumme der eingezahlten Geschäftsanteile beträgt 210 Mill. M. An Sparsparanlagen waren 27 Mill. M. vorhanden. — In der Bäckerei ist ein zweiter automatischer Semmelbackofen aufgestellt worden, der in den nächsten Tagen den Betrieb aufnehmen wird. Die Bäckerei stellt nicht nur Brot, sondern auch andre Backwaren wie Semmeln, Zwieback, Rapfchen, Pfefferkuchen, Streusel- und Zuckerkuchen auf Bestellung her.

Volkerkehr nach Wiesbaden. Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Der Volkerkehr jeder Art nach Wiesbaden und den Orten Bierstadt, Dohheim, Ramboch und Sonnenberg (sämtlich Kreis Wiesbaden) ist gesperrt.

Die Leihbibliothek der Reichsstraße 17 bleibt Montag den 23. und Dienstag den 24. April wegen Reinigung geschlossen. Pächter der Pächterbibliothek eines Pfandgeschäftes auf einen dieser Tage, so gilt als solcher bestimmungsgemäß der nächste Werktag, sonach Mittwoch den 25. April. Die Leihbibliothek der Reichsstraße 17, Hauptstraße 1, ist an den genannten Tagen geöffnet. Außerdem nehmen die Pfandmittler Strauß, Bahnhofsstraße 10, Schmidt, Reichstraße 8, Wienholz, Kleine Kirchstraße 8, Richter, Schandauer Straße 22, Freude, Moritzburger Straße 77, Anders, Brandstraße 18, Balzer, Johannisstraße 8, und Heine, Rabenauer Straße 31, Pfänder zum Verkauf gegen sofortige Darlehenszahlung an.

§ 218. Vor dem Schwurgericht hatte sich der Naturheilkundige Christian Hermann Reinhold in Postelsdorf bei Schandau wegen Abtreibung, Beihilfe dazu und fahrlässiger Tötung zu verantworten. Er ist wegen dieses Verbrechens schon einmal im Jahre 1918 vom Dresdner Schwurgericht zu 8 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nach der Anklage hat er im Jahre 1922 mehrere Schiffsfrauen gegen Entgelt im Sinne des § 218 des St. G. B. Hilfe geleistet und dabei am 27. November den Tod einer Frau verursacht. Die weitläufige Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautete auf 3 Jahre 4 Monate Gefängnis. — Wegen ähnlicher Vergehen war der Badearbeitspädagoge Karl Theodor Wätzsch in Dresden-Kleinritzscher Anklage. Er wird beschuldigt, wiederholt schwangeren Frauen Hilfe gewährt zu haben, indem er Säber und Wägen in Anwendung brachte. Auch diese Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis und vier Jahre Ehrenrechtsverlust. Dieser Verhandlung ging ein Prozeß vor der zweiten Strafkammer voraus, in dem fünf Personen, die mit obigen Taten im Zusammenhang standen, verurteilt wurden.

Wegen Diebstahls und Falschheit waren vor dem Schöffengericht der schon schwer vorbestrafte Techniker Karl Johann Keller und der Möbelhändler Ray Georg Witzsch angeklagt. Keller stahl im Januar eine Schreibmaschine im Werte von 600 000 M., eine Schreibmaschine im Werte von 300 000 M., an einem anderen Tage einen Pelz und mehrere neue Westen im Gesamtwerte von 27 000 M. Keller entwendete er mittels Einbruchs und Einsteigens zwei Schreibmaschinen aus dem Kontor der Allgemeinen Transportversicherungsgesellschaft. Witzsch hat die Sachen weit unter dem Werte angekauft. R. war geküßelt und will von W. zu den Diebstählen angeleitet worden sein. W. bestritt die Anklage ganz entschieden und will von dem kranken Erwerb der Diebstahlsbeihilfe keine Ahnung gehabt haben. Das Gericht verurteilte Keller zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis sowie 3 Jahren Ehrenrechtsverlust und Witzsch zu 9 Monaten Gefängnis.

Von der Strafkammer gestiftet ist am Dienstag nachmittag gegen 1 1/2 Uhr am Aufgang zur Augustusbrücke ein in der Kaiserstraße wohnhafter, 1889 geborener Mann, der schwer verletzt noch dem Karothause übergeführt wurde.

Arbeiterunfall. Beim Einzug eines Holzstapels wurde am Dienstag vormittag in einem an der Leipziger Straße gelegenen Dampfkesselwerk ein in der Jägerstraße wohnhafter, 65 Jahre alter Mann von Weizen getroffen und am Bein schwer verletzt. Der verunglückte Arbeiter wurde mit Aufwagen dem Krankenhaus Friedrichstadt zugeführt.

Auf dem sog. Zeichenwege zwischen Reifeldorfer- und Weidenhofstraße in Vorstadt Böhmisch sind in letzter Zeit wiederholt Gaslaternen in der Dunkelheit von Männern belästigt worden. In mehreren Fällen mußten junge Mädchen, die den Weg des Abends benutzten, vor Männern, die sich ihnen plötzlich näherten, fliehen. In einem andern Falle kamen plötzlich zwei Burden hinter Büumen hervor und fragten einen die Straße benutzenden Mann nach der Zeit. Als dieser die Uhr hervorholte, wollte sie ihm einer der Burden entreißen. Der Mann aber hatte noch die Geistesgegenwart, dem Räuber ein paar kräftige Ohrfeigen zu verabreichen. Es sei deshalb zur Vorsicht bei Benutzung des Weges gemacht.

Verschuldungsbekanntmachung. Von der Kriminalpolizei wurde der Musiklehrer und Landwirt Albert Schumann, in Kränzig bei Zwickau geb., wegen Verschuldungsbekanntmachung festgenommen. Schumann führte sich hier unter dem Namen Dr. S. Arder ein, ludte Interessenten für Juderlieferungen und ließ sich darauf Verschüsse geben. Die in Aussicht gestellte Juderlieferung war ein Wortwahn, um in den Besitz von Geld zu kommen. Schumann hat sich außer Arder auch noch Dr. med. Ray geteilt genannt. Es wird vermutet, daß Schumann noch mehr Betrügereien verübt hat, als bisher der Behörde bekannt geworden sind. Erwa von ihm Geschädigte, die noch keine Anzeige erstattet haben, wollen sich umgehend bei der Kriminalpolizei melden. Ein Lichtbild des Betrügers hängt im Schaufenster des Polizeihauses aus.

Dachrinneablauf. Die Arbeiter Artur Walter Rehmkopf, Karl Friedrich Diebel, Axel Max Krauber, Paul Artur Koch und Johannes Hermann Richter haben von Feldschnecken in Grobriedsdorf und Wulsdorf, vom Wasserwerk und Rustsdorf Böhmisch und aus einem Grundstück der Firma Siemens Dachrinnen und Wasserabflusströhre gestohlen. Der angezeigte Schaden ist bedeutend. Er wird allein im Auftrah Böhmisch auf 1 Mill. M. beziffert. Je nach Beteiligung und Vorstrafen wurde Rehmkopf zu 1 Jahr 6 Monaten, Richter zu 1 Jahr 6 Monaten, Diebel zu 10, Krauber und Koch zu je 7 Monaten Gefängnis; Rehmkopf und Richter außerdem zu je 2 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Erwarnt wird vor einem Unbekannten, der sich als Rinderhirt anbot und dabei Diebstahle ausführte. Er ist etwa 25 bis 30 Jahre alt und trägt schwarzen Anzug und Klemmer. Die Kriminalpolizei erfährt gegebenenfalls seine Person und veranlassen zu wollen.

Diebstahl. In der Zeit vom 28. März bis 6. April wurden aus der Rinderkellerei an der Chemnitzstraße 7 Geld mit er-

haltene Markten aus grauem Drell mit Messingringen, jede Markte etwa 10 Quadratmeter groß, im Werte von etwa 1 1/2 Millionen Mark gestohlen. — Aus einem Bureau an der Poststraße wurde in der Nacht zum 17. April eine Schreibmaschine, Ideal O. Nr. 87 181, gestohlen. — Aus einem Stand in der Antonstraße wurden in der Nacht zum 15. April 10 Speckseiten im Gewicht von einem Zentner gestohlen. — Vom 8. bis 10. April wurden aus einer Wagenhalle im Industriegebiet zwei Postkutschen, Type Z. U. 4 Nr. 2886 511 und Type Z. R. 4 Nr. 2886 513, sowie ein Postkutsch, Type F. D. 4 Nr. 46 843, im Werte von 3 1/2 Millionen Mark gestohlen. — Ferner wurde am 13. April von einem Postkutschwagen, der auf der Wilsdruffer Straße stand, eine Postkutsche mit 10 Liter Pfefferminze gestohlen. Die Postkutsche trug die Bezeichnung L. B. 269. — Zu diesen Fällen bittet die Kriminalpolizei um sachdienliche Mitteilungen.

Stadtschiedsrichter-Schulreformer. Sitzung am Donnerstag den 19. April, abends 7 1/2 Uhr, im Johannisplatz, Ede Johann-Georgen-Allee.

Arbeiter-Kolonien-Bund. Mittwoch abends 7 Uhr, Versammlung im Volkshaus. Bericht von der Gauversammlung, Besprechung zum Bundesstag.

4. Volksschule, Dresden-Kleinritzscher, Glacisstraße. Donnerstag den 19. April findet in der Turnhalle eine Elternversammlung mit der Tagesordnung: Ausstellung und Wahl des Wahlvorstandes. Alle auf dem Boden der weltlichen Schule stehenden Väter und Mütter werden dringend ersucht, zu erscheinen.

28. Volksschule (Narvenhofstraße). Donnerstag den 19. April, abends 7 Uhr, Elternversammlung in der Turnhalle. Bericht des Elternrates über dessen Tätigkeit und Wahl eines Wahlvorstandes zu den bevorstehenden Elternratswahlen. Alle fortwährend genutzten Eltern, besonders aber unsere Genossinnen und Genossen, werden gebeten, zu erscheinen. Zutritt haben nur Eltern, die Kinder in obige Schule führen.

58. Volksschule. Donnerstag den 19. April Elternversammlung, Vortrag: Mündliche Erziehung zum Gehorham. Bericht des Elternrates. Vorbereitung zur Elternratswahl. Mündliche Eltern erscheint, es ist eure Pflicht.

53. Volksschule. Freunde der weltlichen Schule. Donnerstag, 19. April, 7 1/2 Uhr, Versammlung in der Union, Güttenstraße. Jahresbericht, Ausstellung der Elternratsliste. Kein Eintrittsgeld.

Elternversammlung für die freie Schule an der 6. 18. 21. und 47. Volksschule. Donnerstag den 19. April, abends 8 Uhr, im Reichensaal der 8. Volksschule, Friedrichstraße, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über Schulfragen. 2. Stellungnahme zur Elternratswahl.

Wahl der Kinderrechten. Bezirks Dresden-Kleinritzscher. Donnerstag den 19. April, abends 8 Uhr, Monatsversammlung im Restaurant Goldener Löwe, Waupfer Straße.

Arbeiter-Operetten-Gruppe Dresden. Donnerstag abends 7 Uhr, „grava estarkunsido“. Zeitungen haben außer den Generalvorstandsmitgliedern alle Vorstände und Kassierer der Untergruppen.

Bezirksmietenauflösung Striesen, Blasewitz, Tolkewitz, Laubegau. Donnerstag den 19. April, abends 7 1/2 Uhr, im Gasthof Blasewitz, Börnerplatz, öffentliche Mieterversammlung für Blasewitz, Striesen, Tolkewitz. Thema: Dritte Ausführungsbestimmung zum Reichsmietengesetz. — 8 Uta. Donnerstag den 19. April, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Bürgergarten, Wernerstraße, Ede Wilsdruffer Straße. Tagesordnung: Jahresbericht, Wahlen, Verschiedenes. — Neuzuzug Wilsdruffer Vorstadt. Donnerstag den 19. April, abends 7 1/2 Uhr, im Wilsdruffer Restaurant, Reifeldorfer, Ede Feldschneckenstraße Versammlung der Obmannen.

Freiwilliger Laubegau-Tolkewitz. Die hiesige Gruppe der Freiwilligen laßt alle Kinder der Genossen und Genossinnen zu einer Kinderwanderung am Sonntag den 22. April ein. Der Zweck dieser Wanderung ist Einführung unserer Kinder in die Schönheiten der Natur usw. Die fahrenden Genossinnen und Genossen geben Gemäße dafür, daß die Wanderungen zu dem werden, was sie sein sollen. Wir ersuchen die Eltern, uns die Kinder im Alter von zehn Jahren und darüber am 22. April, früh 7 Uhr, nach dem Treffpunkt Donath's Neue Welt, Tolkewitz, mit Proviant und Getränk für eine halbtägige Partie zu schicken. Geld ist nicht erforderlich, da etwa entstehende Ausgaben von der obenbenannten Gruppe gedeckt werden.

Freiwilliger, Gotta. Sonntag den 22. April Raumbühnenpartie nach Unterkorsdorf. Gemeinsam mit dem Verein 1. Dresdner Anabens-Orchester. Stellen 1 Uhr, Gotta, Rathaus. Abmarsch 1 1/2 Uhr. Bahrtische Beteiligung erwünscht.

Böhmisch. Dienstag, 8 Uhr, findet im Gasthof zur Krone ein Elternabend statt, bei dem der Generalrat über Tuberlatose an Kindern, der Schulleiter über den jetzigen Stand der Schule und die Errichtung eines Elternrats sprechen wird.

Aus dem Parteileben

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Polizeibeamten. Parteigenossen der Staatspolizei, des Präsidiums, der Stadtpolizei, der Volkspolizei, Landes- und Kriminalpolizei! Mittwoch, 25. April, 8 Uhr, findet eine Versammlung im Hotel Stadt Wetzburg statt, in der über Organisation, Agitation und über politische Fragen, die die Polizei betreffen, gesprochen und beraten wird. Es ist Ehrenpflicht jedes Genossen, die Versammlung zu besuchen. Der Vorstand bittet, Mitteilungsblätter und Vorschläge für Vertrauensleute mitzubringen. — Reanunzierungen für die Partei sowie Sammelbestellungen für das Organ Der freie Beamte werden entgegengenommen. Geschehe jeder, der dienlich frei ist. Mitgliedsliste gilt als Kusweis.

4. Unterbezirk

Bezirk Pilschen. Donnerstag den 19. April, im Richter's Refektorium, Koch-, Ede Marktstraße.

5. Unterbezirk

Generalversammlung. Freitag, 20. April, 7 1/2 Uhr, Jahres-Generalversammlung im großen Saale des Volkshauses. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Jahresbericht. 2. Reanunzierungen der Kreisleitung, der Vertreter für den Bezirksvorstand und der Parteikommission. 3. Parteielangelegenheiten. Zutritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuchs oder Karte.

6. Unterbezirk

Bezirk Pilschen. Die Versammlung findet nicht, wie bekannt gegeben, beim Volkshaus, sondern im Jugendheim statt. Sozialisches Erziehungswesen erwünscht.



KOMBELLA-Shampoo

Das Haar wird zäher, ungesund, fettig und ermüdet, sobald jede moderne Frisur, — Schuppen, Schindeln, Haarausfall werden besorgt und verhindert, selbst dort, wo selte, scharfe und nachhaltige Mittel das Haar verderben haben. Erfolge, vornehmer Wohlgeruch — Verlangen Sie ausdrücklich KOMBELLA-Shampoo.

Das Beste zur Kopfwäsche!

Überall zu haben.

